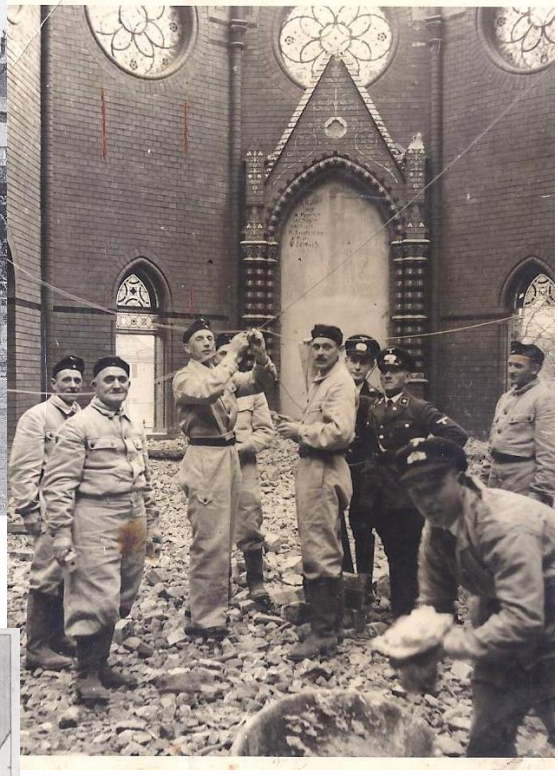
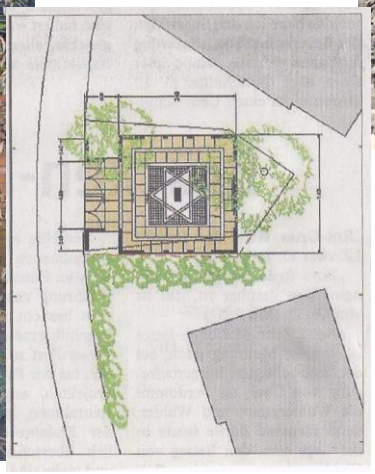
Lüneburger „Gedenkkultur“





Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkanlage an der früheren Synagoge

VVN BdA

Inhalt: Seite

Einleitung	3
Errichtung und Einweihung der Synagoge	8
Exkurs: Anmerkungen zum Selbstverständnis der Lüneburger Juden	10
Zunehmender Verfolgungsdruck	13
Erste Verkaufsverhandlungen	14
Vorgänge um die Pogromnacht	17
Verkauf des Synagogen-Grundstücks	20
Abriss der Synagoge und Verwendung des Grundstücks als Spielplatz	22
Auseinandersetzungen um die Herrichtung des Grundstücks	23
Nach 1945: Ablehnung jüdischer Ansprüche	26
Exkurs: Der große Frieden mit den Tätern	32
Rückgabeverhandlungen durch JTC	36
Kauf des Grundstücks und weitere Verwendung	37
Entwicklung nach 1946	39
Quellennachweis	42
Foto- und Dokumentennachweis/Literatur	44

Herausgeber:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Kreisvereinigung Lüneburg
Gewerkschaftshaus
Heiligengeiststraße 28
21335 Lüneburg
www.vvn-bda-lg.de
vvn-bda-lg@web.de

Druck: Campus Copy Lüneburg
Auflage: 250

Lüneburg, März 2013

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe dieser Broschüre bei der VVN-BdA, Landesvereinigung Niedersachsen

Einleitung

I.

Jene Lüneburg-Touristen, die nach Einkauf oder Stadtbesichtigung zu ihrem im Parkhaus „Lünepark“ abgestellten Fahrzeug auf der Reichenbachstraße zurückkehren (die Einheimischen benutzen diesen Straßenzug fußläufig bestenfalls bei einem Besuch des CineStar-Kinos), können vor ihrem Straßenübergang zur Bockelmannstraße zwei Gedenksteine entdecken.

Der erste, zwischen Reichenbach-brücke und Zufahrt zur Kaufhausstraße in einer gediegenen kleinen, lichten und gut einsehbaren Anlage gelegen, weist auf einer Inschriften-Tafel, vom Fußgänger-bereich aus gut lesbar, hin auf „die Kämpfer der ersten Lüne-burger freiwilligen Jäger“, die „den ersten Sieg der Befreiungskriege“ im April 1813 zu erringen halfen. Ein zeitgenössisches Über-lieferungsbeispiel für den Gründungsmythos der deutschen Nation also, der sich in der Folgezeit „zu einem furchtbaren Chauvi-nismus insbesondere gegen Frankreich steigern“ sollte (1) – mit den bekannten Folgen.

Ein zweiter Gedenkstein befindet sich in knapp 20 Meter Entfernung direkt an der Straßenkreuzung Am Schifferwall/ Reichenbachstraße, „eingeklemmt“ zwischen den Gebäuden mit den Hausnummern 4 und 5. Die genannten Lüneburg-Touristen können ihn kaum entdecken. In einer kleinen und recht dunklen, von dicht stehenden Sträuchern umgrenzten Anlage befindet sich dieser Stein, der unter einem Davidsstern die eingemeißelte Inschrift trägt: „An dieser Stelle stand der Tempel der jüdischen Gemeinde, welcher im Jahre 1938 durch Naziterror zerstört wurde.“ Darunter ein weiterer Text aus dem babylonischen Talmud (2). Die Inschriften sind wegen des fehlenden Kontrastes des Schriftzuges und wegen der zurückgesetzten Lage des Gedenksteins vom Fußweg aus nicht lesbar. Erst nach einem Durch-schreiten der umgrenzenden Sträucher in die Anlage hinein ist es möglich, diesen Text zu entziffern. Ein richtiges Verständnis für den Inhalt des Textes können allerdings die Betrachter/-innen nicht aufbringen, denn er suggeriert mit seinem Hinweis auf diesen Ort, dass es sich bei dem genannten „zerstörten Tempel der jüdischen Gemeinde“ bestenfalls um eine sehr kleine Kapelle gehandelt haben könnte. Ein größeres Gebäude jedenfalls, eine Kirche gar, kann hier keinen Platz gefunden haben.

Synagogen-Gedenkstein, Dezember 2012

In dieser Broschüre berichten wir darüber, dass der Inschriftentext des Gedenksteins bei seiner Einweihung im Jahre 1950 durchaus den genauen Standort der früheren Synagoge benannte, weil er zentral auf dem Gelände zwischen Schifferwall und Kaufhausstraße gesetzt wurde, dort, wo sich die Synagoge einst befand.

Eine Erklärung für die Ignoranz des offiziellen Lüneburg gegenüber „seinen Juden“ während der 1950-er bis 70-er Jahre formulieren wir in einem ausführlichen Exkurs (s. S. 31 ff). Wir versuchen darin durch den Hinweis auf die seinerzeit sinnstiftende „Gedenkkultur“ des Jahres 1953 eine Antwort zu finden auf die Frage, warum nach der Auflösung der neuen Jüdischen Gemeinde Anfang der 1950-er Jahre die Erinnerung an die Verfolgung der Juden am Ort sowie an die Pogromnacht und die Zerstörung der Synagoge verblassen konnte, sogar soweit, dass schließlich die Evangelische Kirche das ehemalige Synagogen-Gelände aufkaufen konnte, um ausgerechnet an diesem „geweihten Ort“ ihre Landes-Superintendentur zu errichten; eine ungeheuerliche Symbolik nach dem Auslöschen jüdisch-religiösen Lebens und mehr als pietätlos.
Und dass ausschließlich aus dem Grunde der neuerlichen Bebauung des Grundstücks der Gedenkstein an den äußersten Rand des ehemaligen Synagogen-Geländes umgesetzt wurde, wo er heute steht und dass nur deshalb die auf dem Stein genannte Ortsbestimmung eine falsche Auskunft gibt.

II.

Am 16. Februar 2010 überraschten die Fraktionsvorsitzenden der seinerzeit regierenden Parteien des Rates der Stadt Lüneburg, die Herren Dörbaum (SPD) und Dr. Scharf (CDU), über einen großformatigen Artikel in der Landeszeitung die Leserschaft gleich auf Seite 3 mit einer Erkenntnis: „Die Gedenkstätte ist unscheinbar, sodass Bürger und Touristen in der Regel achtlos vorübergehen“ und gaben bekannt, dass die Gedenkstätte neu gestaltet werden soll.

Ob diese „plötzliche Eingebung“ motiviert war durch die wenige Monate zuvor bekannt gewordene Planung, dass für den „Tag des offenen Denkmals“ im Herbst d. J. die Stadt Lüneburg als Eröffnungsort auserkoren wurde, also der Besuch eines Bundespräsidenten (damals noch Horst Köhler) ins Haus stand mit seinem Gefolge und der überregionalen Presse, um hier Denkmale zu besichtigen, kann nicht nachvollzogen werden. Immerhin wollten die Stadtoberen ihr Lüneburg in den Rang einer UNESCO-Kulturerbe-Stadt erheben („verspricht nicht nur mehr Fördermittel, sondern auch mehr Touristen“ (3)), und da war es schon angebracht, der internationalen Öffentlichkeit gegenüber wenigsten auf eine Absicht hinzuweisen, diese Gedenkanlage Am Schifferwall, die als „Schandfleck“ wahrgenommen werden könnte, umzugestalten.
Einige Leserbriefe in der LZ unterstützten das Vorhaben sofort:

Stadt mit Nachholbedarf

18.2.10

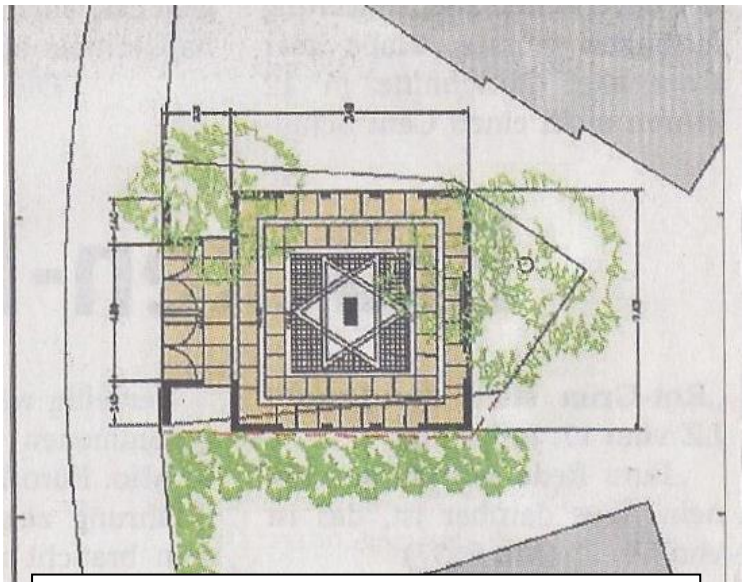
„Zeitgemäßer Ort der Erinnerung“, LZ vom 16. Februar

Endlich wird sich um eine angemessene Gedenkstätte für die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus und vor allem für die Zerstörung der Jüdischen Gemeinde in Lüneburg gekümmert. Der jetzige Stein ist etwas lieblos gestaltet und platziert und zeugt davon, dass dieses Thema den Städten lange unangenehm war bzw. sie nicht wussten, wie man mit der eigenen Geschichte am besten umgehen soll. Die jetzige Initiative, vor allem die geplante Zusammenarbeit mit der Lüneburger Geschichtswerkstatt, ist sehr zu begrüßen. Ich hoffe nur, dass dieser neue Gedenkstein auch eine angemessene Form erhält, um die Vergangenheit noch mehr ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Viele Bürgerinnen und Bürger kennen den Ort, an dem die Synagoge einst stand, gar nicht. Den ehemaligen Jüdischen Friedhof, der sich versteckt und ohne irgendwelche Hinweise in der Straße Am Neuen Felde befindet, kennen die allerwenigsten. Dieser ist das letzte Überbleibsel des Jüdischen Lebens dieser Stadt und sollte als Mahnung gegen Faschismus und Antisemitismus ebenfalls mehr im Fokus stehen. Hier besteht für die Stadt Lüneburg noch Nachholbedarf. Dagegen lösen bei mir gewisse andere „Gedenksteine“, wie z.B. einige Kriegsdenkmäler, die deutsche Täter mit den eigentlichen Opfern des Krieges gleichzusetzen versuchen, Brechreiz aus.

Henryk Kuzbik/Lüneburg

Der Ankündigung entsprechend beschloss der Rat der Stadt auf seiner Sitzung am 25.2.2010 („Der Stein ist in die Jahre gekommen.“ (4)), dass die Stadt Lüneburg „die Gedenkstätte am Standort der ehemaligen Lüneburger Synagoge neu gestalten“ wird.

In der Folgezeit bemühte sich die Lüneburger „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ sehr intensiv um die Neugestaltung und legte auf der Sitzung des Grünflächen- und Forstausschusses im Mai 2012 einen Entwurf des Lüneburger Architekten Carl Peter von Mansberg vor:



Gedenkstätten-Entwurf des Architekten C.-P. v. Mansberg

Gegen diesen Entwurf gab es zunächst von der Stadtverwaltung einige Vorbehalte. Neben verschiedenen ungeklärten Fragen wurde er als überdimensioniert betrachtet. Den Antrag des Rates, so berichtete die LZ v. 25.5.2012, und seine Überweisung „in den Grün-flächen- und Forstausschuss hat die Verwaltung als Wink interpretiert für eine eher gärtnerische Lösung – Neuordnung des Grüns, Aufpolieren des Steins.“

Selbst die Landeszeitung fand dieses Ansinnen unpassend und ließ einen entsprechenden Kommentar formulieren (LZ v. 25.5.2012):

Der Wert der Worte

Von Jörg Stauch

In der Niederschrift der Ratssitzung vom Februar 2010 klingt der Ton der damaligen Diskussion noch sehr gut nach. Von Würde reden da die Politiker des Lüneburger Rates gleich mehrfach, vom Erinnern und von der demokratischen Kultur, vom Bewusstsein über die eigene Geschichte. Orte des Erinnerns seien auch Lernorte, heißt es da. Quer durch alle Parteien liest man wortgewaltige, sorgsam formulierte Beiträge, auf dem festen

Kommentar

Grund gemeinsamer politischer Überzeugung formuliert. Zwei Jahre später kommt es jetzt zur Nagelprobe. Wie viel sind den Politikern ihre Sonntagsreden von damals wert? Denn das Projekt braucht Unterstützung. Sicher, der jetzt vorgelegte Plan der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ist viel ehrgeiziger, als es sich die Ratsmitgleider vielleicht träumen ließen, als sie die großen Worte im Mund führten. Aus einer Gärtnerarbeit ist ein echtes Monument gewachsen. Und ja, man darf über Kosten und Aufwand diskutieren. Liest man aber die Wortbeiträge der Diskussion nochmal genau, kann man kaum glauben, dass die Politiker dabei an einen Auftrag für den Gärtner gedacht haben. Zu mehr als einem Heckenschnitt und einer neuen Gravur sollte es dann doch reichen.

Nachdem auch das Hamburger Abendblatt im Juli 2012 über diese Kontroverse berichtete (5), wurde der von Mansberg-Entwurf nochmals im Kultur- und Partnerschaftsausschuss diskutiert. Die geplanten Kosten sollen in etwa vergleichbar sein mit jenen für den geplanten Brunnen vor der IHK, dessen Finanzierung bereits als gesichert gilt, also ca. 160.000,00 €. Aufgebracht werden soll diese Summe zu je einem Drittel aus Mitteln der Stadt, aus Fördermitteln (u. a. von Stiftungen) und weiteren Spendenmitteln, für deren Einwerbung (wie auch für die weitere Beratung) eine Arbeitsgruppe gebildet werden sollte, bestehend (neben der „Gesellschaft…“ und der Geschichtswerkstatt) aus Vertretern der Niedersächsischen jüdischen Gemeinde, der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, sowie der Museumsstiftung Lüneburg, der evangelisch-lutherischen und der katholischen Kirche. Ob sich die IHK (als damalige Haupttäterin) an diesen Kosten beteiligen wird, ist nicht bekannt. Auch ist bedauerlich, dass die große Religionsgruppe der Moslems vergessen wurde als Mitglied in diese Beratungsgruppe aufzunehmen - ebenso im Übrigen wie die örtliche VVN-BdA.

Diese Arbeitsgruppe hat bis zum Februar 2013 anscheinend noch nicht getagt, denn die Geschichtswerkstatt wurde zu einer solchen Zusammenkunft bislang nicht eingeladen.

Inzwischen scheint die CDU-Fraktion im Rat von ihrer Zustimmung zum Kostenplan für die Gedenkanlage abgerückt zu sein. Auf der Ratssitzung im Dezember 2012 forderte sie eine Reduzierung des städtischen Zuschusses zugunsten der Finanzierung anderer freiwilliger Leistungen der Stadt. Die Argumentation des Fraktions-vorsitzenden (und Bundestagsabgeordneten) Eckhard Pols beschreibt die LZ vom 22.12.2010: „Für ihn ist auch der Ansatz für ein Mahnmal am Standort der ehemaligen Synagoge zu hoch … Das zentrale Mahnmal für NS-Opfer stehe an der Lindenstraße.“

Mit dieser Schrift und der dezidierten Beschreibung der Vorgänge um die Synagoge und der Situation in den Jahren nach 1945 wollen wir dazu beitragen, dass endlich an deren Standort eine würdige Gedenkstätte entsteht.

Ansicht von ca.1910

Ansicht von 2010

Das größte Hindernis auf diesem Wege sind die Fakten, die in den Jahren ab 1950 geschaffen wurden, ob aus politischer Absicht, Gedankenlosigkeit oder Ignoranz, nämlich die Ablehnung der Stadt Lüneburg, dieses damals unbebaute Grundstück mit dem vorhandenen und von der jüdischen Gemeinde errichteten Gedenkstein in die eigene Obhut zu nehmen und zu einem angemessenen Gedenkort zu machen, wie es die Jewish Trust Corporation (JTC) vorschlug. Folgerichtig ist deshalb zu fordern, das gesamte Grundstück und das Gebäude für diesen Zweck zurück zu erwerben, um den ursprünglichen Zustand der Gedenkanlage wieder herzustellen.

Da ein solches Unterfangen aber für die Stadt Lüneburg anscheinend undenkbar ist, unterstützen wir die Pläne der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“, die bereits im Jahre 2010 darauf gedrungen hat, ihre „kleine Lösung“ , d. h. den Entwurf des Architekten von Mansberg, zügig zu realisieren, damit am 9. November 2013, am 75. Jahrestag der Pogromnacht, diese kleine Gedenkanlage ihrer Bestimmung übergeben werden kann.
Die Zeit drängt!

Lüneburg,
März 2013

Wir bedanken uns bei den genannten Bundes- und Landesarchiven für die Bereitstellung der benötigten Akten, auch beim Stadtarchiv Lüneburg für die Zeit ab 2010.

Ebenso bedanken wir uns bei den interessierten Lüneburgern/-innen, die uns mit Exponaten und Hinweisen versorgten. Ein besonderer Dank geht für ihre Zuarbeit und Unterstützung an Frau Anneke de Rudder und Herrn Hans-Jürgen Brennecke.

Da wir für die Erstellung dieser Broschüre, die uns einige Kosten verursachte, keine Sponsorengelder außerhalb unserer Vereinigung einwerben konnten, möchten wir hier um eine finanzielle Unterstützung seitens der Leser/-innenschaft bitten:
Jede kleine Spende zur Minimierung unserer Ausgaben ist gerne gesehen auf das Konto der VVN-BdA Lüneburg, Kto.-Nr. 77172 bei der Sparkasse Lüneburg (BLZ: 240 501 10). Wir bedanken uns!

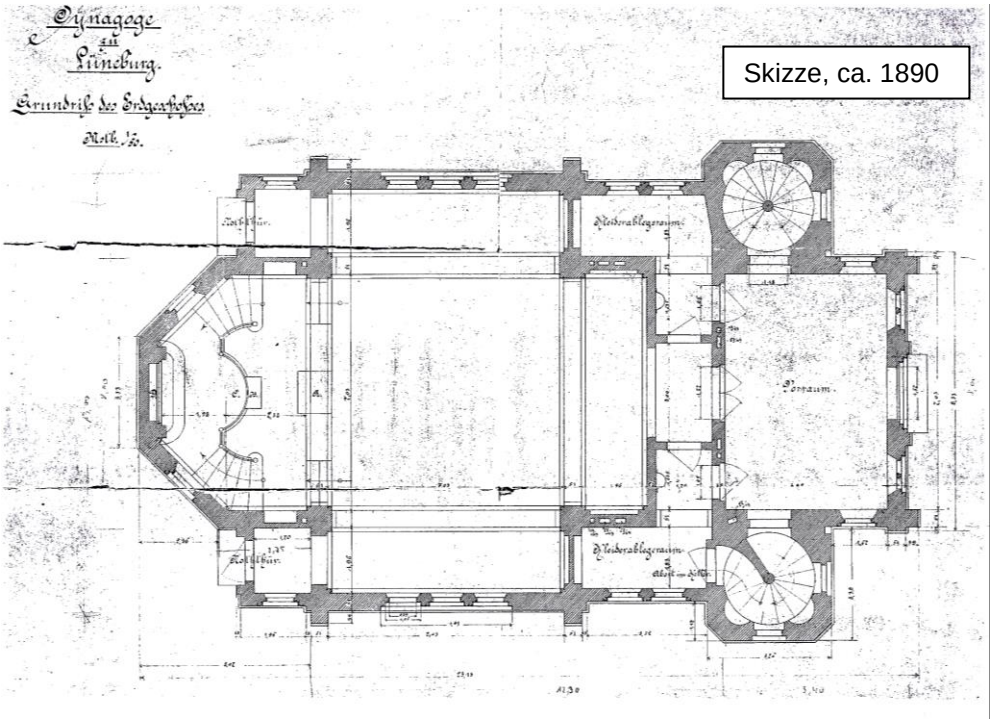
Errichtung und Einweihung der Synagoge

Nachdem die jüdische Gemeinde Lüneburgs 1869 den „Homannschen Saal“ An den Brodbänken 9 (Eingang von der Koltmannstraße) angemietet und als Synagoge eingerichtet hatte, stellten sich schnell die beengten Verhältnisse dar. Es wuchs der Wunsch nach einer größeren Kirchenstätte im Laufe der Jahre (zwischendurch wurde der Saal des vormaligen Johanneums benutzt, der heutigen Johannes-Rabeler-Schule). Als die finanziellen Mittel insbesondere Dank des Wohlstandes einiger Gemeindemitglieder aufgebracht werden konnten, wurde am 1. September 1892 in einem feierlichen Akt mit dem Oberbürgermeister Lauenstein der Grundstein gelegt für den Bau einer Synagoge am Schifferwall.

Eingeweiht wurde die Synagoge am 6. Juni 1894 mit einem Gottesdienst, zu dem neben den regionalen politischen Honoratioren auch die Vertreter der christlichen Gemeinden eingeladen waren zu einem Festakt dieser Kirche, die „… inmitten dieser Stadt an einem ihrer schönsten Punkte als eine ihrer Zierden sich erhebt, wie es aufgebaut ist unter der Förderung ihrer Behörden, unter der Theilnahme aller ihrer Kreise …“ (6) und welches sich als kulturell-religiösen Großereignis darstellte: Der Vorsteher der Gemeinde übergab den Schlüssel des Kirchenhauses an den Oberbürgermeister Keferstein „als Symbol, dass wir Ihrem Schutze und dem Schutze der Bürgerschaft diesen Tempel anvertrauen, der zur Ehre des allmächtigen Gottes errichtet ist.“ (7) In seiner Antwort erklärte der Oberbürgermeister: „So möge denn Gott, unser Herr, dies Haus zu seiner Verehrung schützen … Gott segne den Eingang.“ Die LA berichtete weiter: „Das erste Gebet in diesen geweihten Räumen, so betonte der Prediger, solle dem Kaiser gelten, seiner Familie und dem gesamten königlichen Hause.“ Es erklang die Händelsche Hymne, vorgetragen von der Militaristen-Kapelle der Lüneburger Dragoner.

Anerkennung im außerjüdischen bürgerlichen Lüneburg erlangte auch das Bauwerk selber durch seine Einpassung in den für die damalige Lüneburger Architektur typischen Baustil, wie tags zuvor ebenfalls in der LA lobend formuliert wurde: „Der Urheber des Prachtbaus hat es vermieden, fremde Stilrichtungen für dieses Gotteshaus zu wählen, wie es in neuerer Zeit vielfach in anderen Orten geschehen ist, wo man … maurischen oder arabischen Stil bei Synagogen angewendet hat. … man kann es dabei nur dankend anerkennen, dass die Gemeinde dem gut durchdachten Erbauungsplane des Stadtbaumeisters Kamp zustimmte, dem es nunmehr vergönnt war, die interessanten Bauwerke Lüneburgs um ein in der Tat ganz prächtiges zu bereichern.“

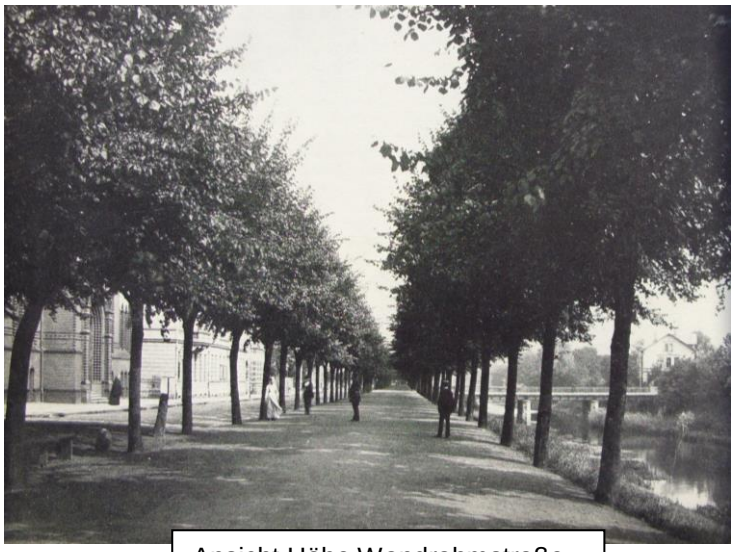
Mit dem Bau der Synagoge wurde der



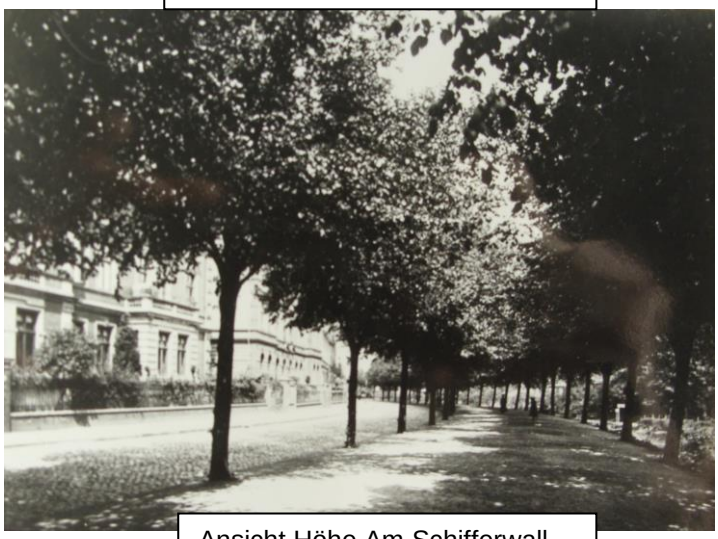
Skizze, ca. 1890

Gesamtkomplex der Villen-Wohnhäuserbebauung Schießgrabenstraße (in den 1980er-Jahren), Reichenbachstraße und Schifferwall (1990er-Jahre) abgeschlossen. Die Architektur des unter Verwendung neugotischer Formen angrenzenden Nachbargebäudes, der zwei Jahre zuvor erbauten Villa Schifferwall 4, „korrespondierte vor allem … mit der nordwestlich angrenzenden Synagoge.“ (8) Der Architekt dieser zum Ensemble gehörenden Villa ist zwar unbekannt, aber es sind Einflüsse von Stadtbaumeister (und Logenbruder) Kamp erkennbar, der dort selbst ab 1893, sozusagen Tür an Tür „mit seiner Synagoge“, wohnte.

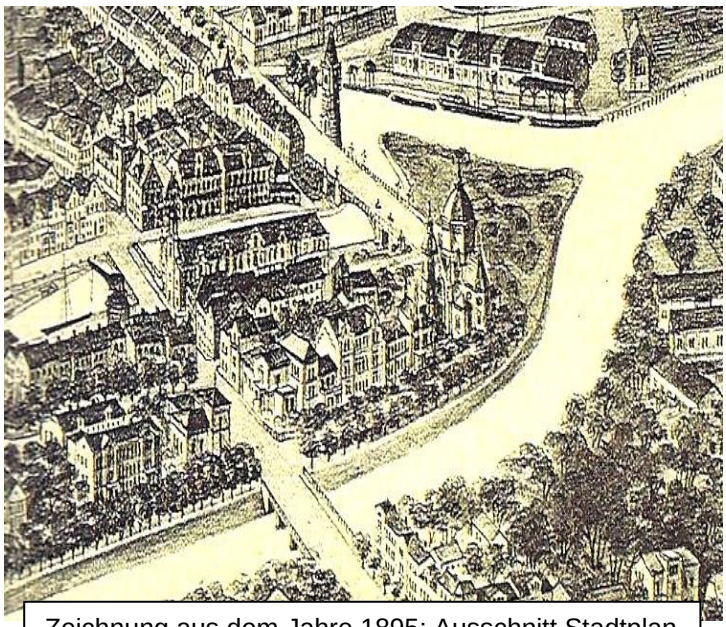
Die Synagoge fand ihren Platz an einem dem Großbürgertum Lüneburgs vorbehaltenen Ort der prächtigen Stadthäuser und Villen in einer vorzüglichen und ruhigen Wohngegend. Die Wandrahmstraße, die Schießgrabenstraße und der weiterführende Schifferwall (ehemals Teil des Stadtwalls) waren angelegt mit einer noch recht schmalen Straßenführung, parallel dazu mit einem als Allee ausgestatteten breiten Fußgängerbereich als Flaniermeile. Diese Straßen zeigten seinerzeit kaum ein Verkehrsaufkommen, weil sie noch nicht zur Bewältigung des Durchgangsverkehrs dienten, was erst einige Jahrzehnte später mit dem Bau der Ilmenauquerung an dieser Stelle geschah. Vielmehr führte diese „Flaniermeile“ direkt in die Parkanlage der Bastion, der Straßenzug in die Reichenbach-straße/Schlachthofstraße.



Ansicht Höhe Wandrahmstraße



Ansicht Höhe Am Schifferwall



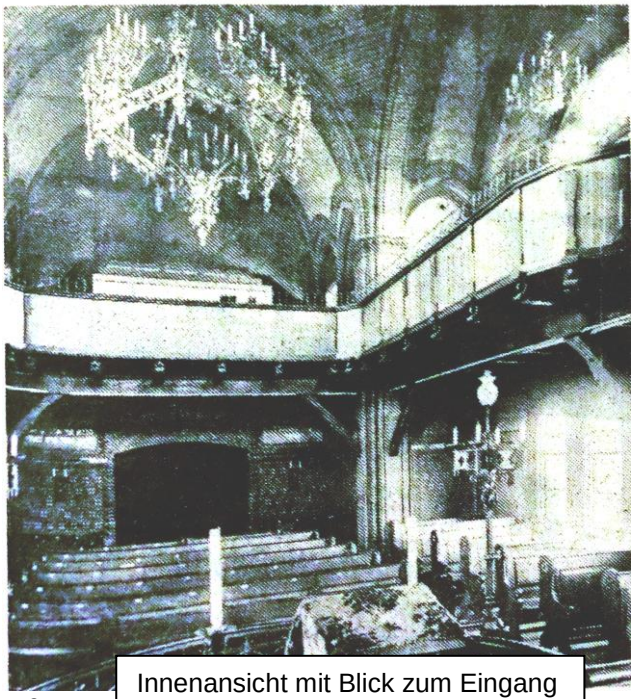
Zeichnung aus dem Jahre 1895; Ausschnitt Stadtplan

Eingang zur Synagoge von der Kaufhausstraße

Exkurs: Anmerkungen zum Selbstverständnis der Lüneburger Juden

Vielleicht nahm die jüdische Gemeinde an, in absehbarer Zeit einen weiteren Anstieg der Mitgliedschaft zu erleben (schließlich wurden die ersten Juden erst 50 Jahre zuvor als Bürger der Stadt aufgenommen und nun zählten sie um die 100 Mitglieder(9)), denn die Größe der Synagoge entsprach mit ihren 200 Plätzen bei weitem nicht der aktuellen Personenanzahl der Gemeinde. Sicherlich sollte dieses repräsentative Bauwerk auch als Symbol stehen für den gesellschaftlichen Status der führenden Gemeindemitglieder und der Gemeinde selber, als Ausdruck eines starken Selbstbewusstseins der Juden Lüneburgs und ihrer gleichberechtigten Einpassung in das religiös-bürgerliche Leben der Stadt, ihres Selbstverständnisses als gleichberechtigte Deutsche mosaischen/jüdischen Glaubens. Sie waren assimilierte Juden und Teil der örtlichen Elite mit einer ausgeprägten nationalistischen Identifikation, die sie ebenso mit Enthusiasmus zur „Verteidigung für Volk und Vaterland“ in den I. Weltkrieg ziehen ließ wie das militaristisch grundierte übrige Lüneburg. Ihre Kriegsauszeichnungen und Verwundetenabzeichen trugen auch diese Lüneburger Bürger nach 1918 mit gleichem Militaristen-Stolz wie die meisten anderen Weltkriegs-I-Soldaten und -Offiziere der zahlreichen rechtskonservativen Vereine ehemaliger Frontkämpfer.

Auch in ihren kulturellen Aktivitäten orientierte sich der größte Teil der Lüneburger Juden bis 1933 am Großbürgertum und ihren Einrichtungen: z. B. Frau Dr. Heinemann, beruflich als Kreisschulärztin tätig, engagierte sich als Vertrauensärztin des Vaterländischen Frauenvereins (als Vorsitzende fungierte dort die Ehefrau des Landrates Albrecht). Sportlich blieb man ebenfalls im konservativen Milieu und engagierte sich überwiegend im MTV mit seinem nationalistisch eingestelltem Umfeld und seinen guten Beziehungen zu Hindenburg (hier turnte seine Enkeltochter) und der Familie seiner Tochter am Lüner Weg.



Innenansicht mit Blick zum Eingang

Dort auch spielte der Sohn des Synagogen-Vorstandes Adolf Schickler, Harry, erst in der 3., dann in der 2. Fußballmannschaft auf der Linksaußen-Position, während der Sohn des örtlichen Vorsitzenden der Kreishandwerkerbundes Karl Straßberger, der später zum Nazi-Führer aufstieg, die Position des rechten Mittelläufers besetzte. Adolf Schickler war u. a. im Lüneburger Verein des Roten Kreuzes aktiv, dem Dr. Dreßler als Arzt der Sanitätskolonne vorstand, ein Mann, der 1933 als erster NSDAP-Bürgervorsteher-Worthalter im Rat der Stadt (10) tätig wurde. Diese und weitere bürgerliche Vereinigungen mobilisierten im Jahre 1933 öffentlich zur Wahl von NSDAP/Kampfbund in der örtlichen Presse, wiederum für „Volk und Vaterland“ und schlossen ihre jüdischen Mitglieder relativ umstandslos aus ihren Vereinigungen aus. (11)

Aufnahme von ca. 1910

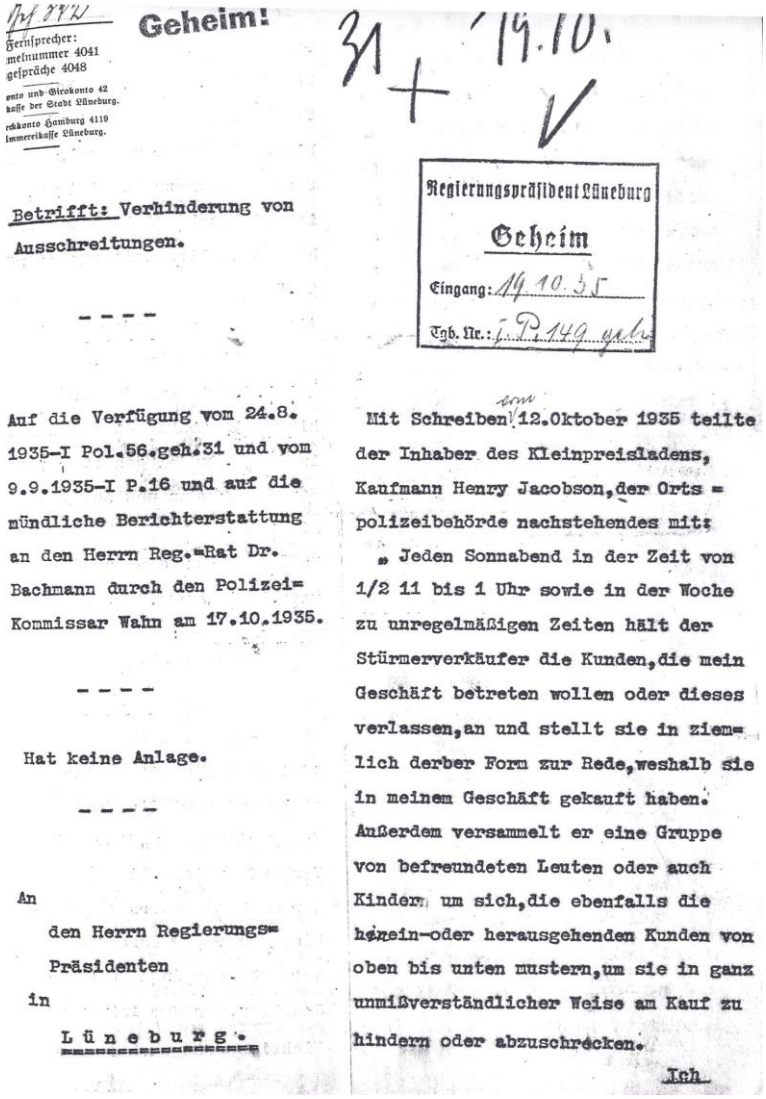
Im deutlichen Gegensatz zu diesem Integrationsbemühen in das vorherrschende konservative Milieu kann die politische Einstellung und Tätigkeit des Dr. Ransohoff interpretiert werden, der als Arzt der Sanitätskolonne des sozialdemokratisch orientierten Arbeiter-Samariterbundes fungierte. Dr. Strauß war tätig als Justiziar unter dem SPD-Regierungspräsidenten. (12)

Die sogenannten Ostjuden, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Lüneburg ansiedelten nach den Pogromen in Russland, grenzten sich aus verschiedenen Gründen von ihren einheimischen Glaubensgeschwistern ab, bzw. wurden z. T. ausgegrenzt. Sie feierten ihre Sabbatfeste überwiegend im eigenen Kreise und besuchten die Synagoge zunächst nur an den großen religiösen Feiertagen. Über eine scharfe Abgrenzung dieser jüdischen Gruppen berichtet Hermann Meer rückblickend in Bezug auf einige ostjüdischen Lüneburger Familien: „Sie wurden genau wie alle anderen Ostjuden von deutschen Gemeindemitgliedern nicht akzeptiert. Wir Ostjuden pflegten aber untereinander gesellschaftlichen Verkehr und fühlten uns recht wohl dabei, weil wir andere Sitten und eine andere Weltanschauung als unsere deutschen Glaubensgenossen hatten.“ (13)
Dieser Abstand zur einheimischen glaubensgleichen Gemeinschaft, sowie ihre unterschiedliche soziale Situation und Weltanschauung mag ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass sich manche von ihnen auch im politischen und kulturellen Leben nicht am konservativen Bürgertum orientierte, was am Engagement von Jakob Lengel, ein Sohn der erst 1923 in Lüneburg eingebürgerten (und am 24.5.1935 von den Nazis wieder ausgebürgerten) Familie Lengel, verdeutlicht werden kann: Jakob Lengel war bereits im Jahre 1924 aufgefallen, als er im sozialdemokratisch orientierten „Reichsbanner schwarz-rot-gold“ bei einer Republikfeier gegen damalige Übergriffe des rechtskonservativen Lüneburg Stellung nahm, die diese u. a. mit dem vielfachen und demonstrativen Vorzeigen ihrer Kaiserfahne zu stören beabsichtigten. Die Lüneburgschen Anzeigen berichteten, dass Jakob Lengel bei diesem Konflikt „ein dreifaches `Pfui´ auf die schwarz-weiß-rote Fahne ausrief“. (14) Auch spielte er nicht wie seine assimilierten Glaubensbrüder im LSK oder MTV, sondern bei der FSL

Jakob Lengel: 2.v. l.

(Freie Spielvereinigung Lüneburg) Am Schützenplatz Fußball. (15) Er engagierte sich dort, wurde 1926 zum Schriftführer und Berichterstatter gewählt und legte 1927 seine Schiedsrichterprüfung ab. Die Mitglieder dieses Vereins betrieben ihren Sport als „Arbeitersport“ in deutlicher Abkehr zum rechtskonservativen Milieu anderer Sportvereine. Ihr proletarisches Selbstverständnis spiegelte sich ebenfalls in den Umgangsformen untereinander: Als auf einer Mitgliederversammlung im Jahre 1927 ein Mitglied versehentlich die Anrede „Herr“ benutzte, wurde darauf hingewiesen, dass die vereinsinterne Ansprache korrekter weise „Genosse“ laute. Dieser „Zwischenfall“ war den Mitgliedern sehr wichtig, denn er wurde im Protokoll der Vereinssitzung festgehalten. (16)

Vielleicht war es deshalb kein Zufall, dass es dieser „nicht-assimilierte“ Jakob Lengel war, der im April 1937 öffentlich und lautstark gegen antijüdische Aktionen des NS-Aktivisten Wilhelm Knüdel protestierte. Dieser SA-Mann agitierte als Verkäufer der Nazi-Zeitung „Der Stürmer“ samstäglich vor dem Gubi-Kaufhaus des jüdischen Händlers Jacobson Am Markt und versuchte, potentielle Käufer vom Betreten des Ladens abzuhalten. Während Jacobson sich gegen die Knüdel-Aktionen bereits ab Oktober 1935 durch Beschwerden bei der Ortspolizei verwahrte, die allesamt folgenlos blieben, wählte Lengel die mündliche Ansprache und Konfrontation und forderte Knüdel direkt auf, aufzuhören „mit so einem Scheiß zu handeln“, weshalb er sofort festgenommen, in das Gerichtsgefängnis verbracht und von dort aus nach Verbüßung einer Haftzeit am 5. Juni 1937 in das KZ Dachau deportiert wurde. Von dort wurde er in das KZ-Buchenwald „überstellt“, welches Lengel über ein Jahr später erst wieder verlassen konnte. (17)



Geheim!

Fernsprecher: Sammelnummer 4041 Gespräche 4048

Scheck- und Girokonto 42 Sparkasse der Stadt Lüneburg. Postscheckkonto Hamburg 4110 Landesbankenkasse Lüneburg.

31 + 19.10.

Betrifft: Verhinderung von Ausschreitungen.

- - - -

Auf die Verfügung vom 24.8. 1935-I Pol.56.geh.31 und vom 9.9.1935-I P.16 und auf die mündliche Berichterstattung an den Herrn Reg.-Rat Dr. Bachmann durch den Polizei-Kommissar Wahn am 17.10.1935.

- - - -

Hat keine Anlage.

- - - -

An

den Herrn Regierungs-Präsidenten

in

Lüneburg.

Regierungspräsident Lüneburg

Geheim

Eingang: 19.10.35

Tgb. Nr.: I. P. 149

Mit Schreiben vom 12.Oktober 1935 teilte der Inhaber des Kleinpreisladens, Kaufmann Henry Jacobson, der Orts-polizeibehörde nachstehendes mit:

„ Jeden Sonnabend in der Zeit von 1/2 11 bis 1 Uhr sowie in der Woche zu unregelmäßigen Zeiten hält der Stürmerverkäufer die Kunden, die mein Geschäft betreten wollen oder dieses verlassen, an und stellt sie in ziemlich derber Form zur Rede, weshalb sie in meinem Geschäft gekauft haben. Außerdem versammelt er eine Gruppe von befreundeten Leuten oder auch Kindern um sich, die ebenfalls die hinein- oder herausgehenden Kunden von oben bis unten mustern, um sie in ganz unmißverständlicher Weise am Kauf zu hindern oder abzuschrecken.

Ich

Zunehmender Verfolgungsdruck

Bereits während der Weimarer Zeit wurde die jüdische Gemeinde Ziel antisemitischer Agitation (18) und die Synagoge mehrfach beschädigt. Über einen solchen Anschlag, verübt von vier jugendlichen NSDAP-Aktivisten, berichtet Sabelleck: „In der Nacht zum 19.11.1927 wurde die Synagoge von unbekannten Tätern beschädigt und beschmutzt. An einem Baum war ein Hakenkreuz befestigt. Auf den Stein vor dem Eingang wurde mit Ölfarbe ein Hakenkreuz und das Wort „Jude“ gemalt. Es wurden auch Hakenkreuze auf Türen und Fenster gemalt.“ (19)

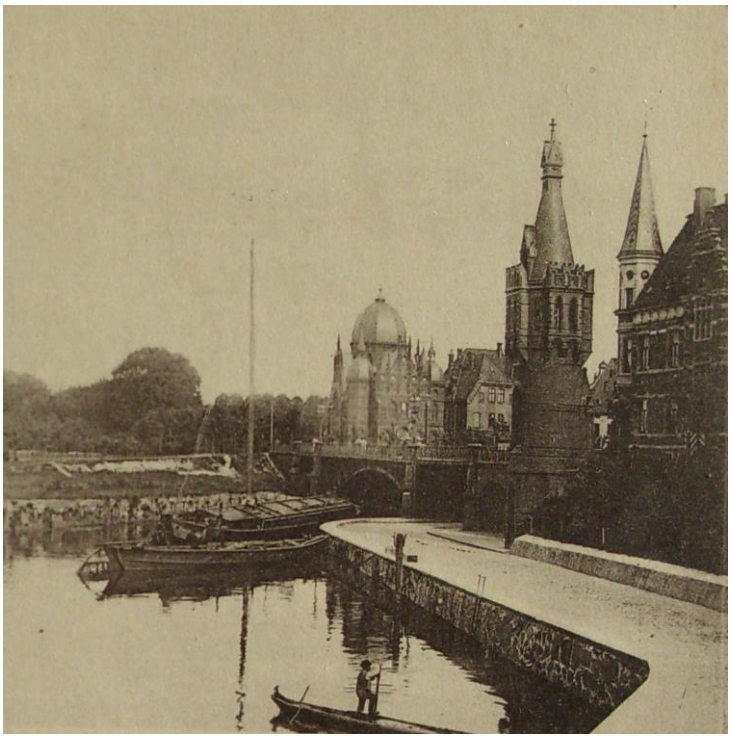
Ab etwa Mitte der 30er-Jahre reagierten Lüneburgs Juden auf den zunehmenden Verfolgungsdruck überwiegend mit dem Versuch, das rettende Ausland zu erreichen oder aber bei Verwandten in den deutschen Großstädten unter zu kommen. Eine von der Lüneburger Geheimen Staatspolizei zum 1. August 1937 erstellte „Gesamtübersicht über die Staatspolizeibezirk Lüneburg ansässigen Juden, einschließlich Kinder unter 15 Jahren“ listete für den Stadtkreis Lüneburg für diesen Zeitpunkt noch 39 Personen auf, die hier gemeldet waren. Bis zur Pogromnacht im November 1938 verließen noch weitere Lüneburger Juden die Stadt und bei der darauf folgenden Registrierung durch die Gestapo (und im übrigen auch durch die Lüneburger Stadtverwaltung) am 1.2.1939 waren nur noch lediglich 25 Personen als „Juden“ registriert. (20)

Den absoluten Verfolgungsdruck dokumentiert eine Auflistung antijüdischer Bestimmungen für den Zeitraum Juni bis August 1938:

- *Nach der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 konnte angeordnet werden, dass jüdische Betriebe „von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab ein besonderes Kennzeichen” führen mussten. In Berlin wurden jüdische Geschäftsinhaber noch im selben Monat angewiesen, ihre Namen in weißen Buchstaben am Schaufenster anzubringen.*
- *Zum Jahrestreffen des Allgemeinen Rabbinerverbandes in München am 8. Juni 1938 erhielt die dortige jüdische Gemeinde den Befehl, die Synagoge nebst Gemeindehaus dem Staat abzutreten und binnen 24 Stunden zu räumen. Am Morgen des 9. Juni begann der Abriss. Im August wurde auch die Nürnberger, ab September die Dortmunder Synagoge abgerissen.*
- *Seit Juni 1938 erfuhren entlassene jüdische Staatsbeamte, die noch Kontakte zu ehemaligen Kollegen pflegten, dass bald eine größere Zahl Juden in die KZs eingewiesen werden sollten. Dafür legten Finanzämter, Polizei und Gestapo Listen vermögender Juden an und zwangen die jüdischen Rabbiner per Vorladungen dazu, Namen und Adressen ihrer Gemeindemitglieder weiterzugeben.*
- *Am 14. Juni mussten jüdische Gewerbebetriebe sich registrieren lassen, am 15. Juni ließ der Chef der Berliner Ordnungspolizei, Kurt Daluege, etwa 1.500 Juden bei Razzien festnehmen und in KZs bringen.*

Foto aus dem Jahre 1909

- *Juden mussten seit dem 23. Juli 1938 zudem „Kennkarten“ bei sich tragen, seit dem 17. August die Zweitnamen „Israel“ (Männer) oder „Sara“ (Frauen) annehmen und seit dem 5. Oktober ihre Sonderausweise mit einem roten J abstempeln lassen. Diese Kennzeichen ermöglichten einerseits schnelle Verhaftung und Deportation, andererseits flächendeckende Enteignung ....* (21)



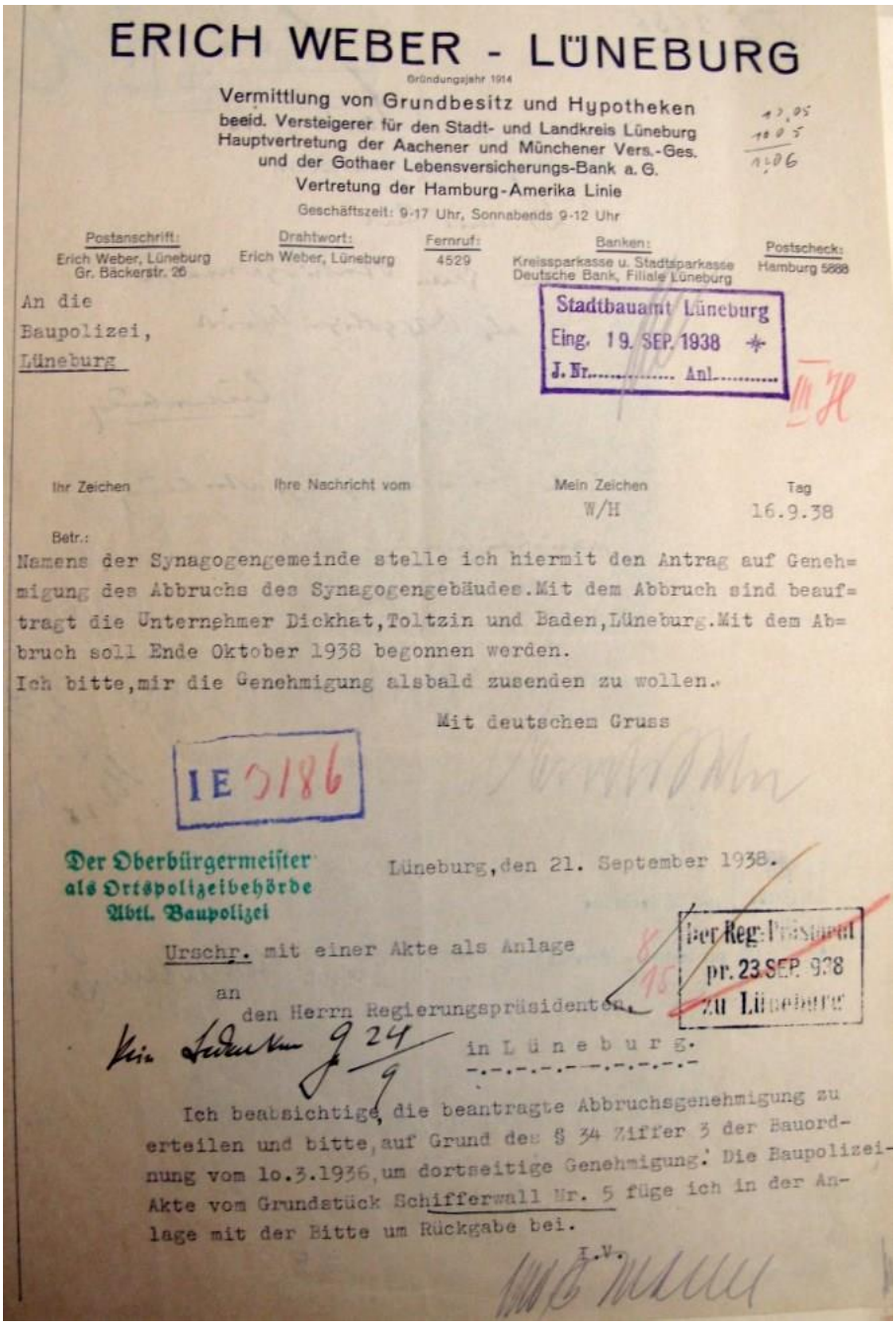
Der jüdischen Gemeinde Lüneburg fiel es auf Grund der rassistischen Verfolgungen und des daraus resultierenden rapiden Mitgliederverlustes immer schwerer, ihre eigene Kirche zu unterhalten, weil bereits ab 1933 bestimmte Nazi-Maßnahmen den Unterhalt erschwerten etwa durch die Stornierung der Mittelzuweisung für ihre schulischen und kirchlichen Einrichtungen am 28.4.1933 durch die Lüneburger Ratsgremien (22) und durch die Aberkennung des Status´ einer religiösen Vereinigung, was die Aufhebung bestimmter Steuerreduzierungen zur Folge hatte. Als schließlich mit dem Gesetz vom 28. März 1938 auch die jüdischen Kultusvereinigungen ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts verloren, wodurch die Befreiung von der Grund- und Vermögenssteuer aufgehoben wurde, gab es für die kleine Lüneburger Gemeinde keine Alternative mehr zum Verkauf der Synagoge und des Grundstückes Am Schifferwall 5.

Es ist auch begründet anzunehmen, dass die verbliebene jüdische Gemeinde sich erhoffte, mit dem Geld vom Verkauf von Synagoge und des Grundstücks die Möglichkeiten für ihre eigene erhoffte Auswanderung zu verbessern.

Erste Verkaufsverhandlungen

Die Gemeindevorsteher Adolf Schickler (Inhaber eines Schuhgeschäftes an der Bardowicker Straße 4) und Leopold Less (Textilkaufmann, Große Bäckerstraße 18) wandten sich deshalb im Sommer 1938 mit ihren Verkaufsabsichten an die Stadtverwaltung. Dort wurde ihnen zunächst erklärt, dass es den arischen Volksgenossen nicht zugemutet werden könne, eine jüdische Einrichtung in Besitz zu nehmen und zu unterhalten, geschweige denn zu kaufen. Am Erwerb des Grundstücks nach einem zuvor von der jüdischen Gemeinde vorgenommenen Abriss ihrer Kirche bestehe aber sehr wohl ein Interesse der Stadt Lüneburg. Die Gemeindevorsteher hofften dann aber wenigstens „… für das Grundstück Ecke Schifferwall/Kaufhausstraße wegen seiner erstklassigen Lage einen guten Preis zu erlangen. Sie forderten 20 Mark für den Quadratmeter. Die Stadt, vertreten durch den Oberbürgermeister Wetzel, wollte dafür aber nur 10 Mark zahlen.“ (23)

Da der Abbruch der Synagoge für einen Kauf des Grundstückes seitens der Stadt zwingend zur Voraussetzung gemacht wurde, beauftragten die Vorsteher am 15. September 1938 ein Abbruchsunternehmen damit. Das sollte zu einem Preis von 1.500 RM erledigt werden, natürlich auf Kosten der jüdischen Gemeinde (24). Zur Durchführung der Genehmigungsformalitäten mit der Verwaltung schienen die Vorsteher die Maklerfirma Erich Weber (Große Bäcker-straße 26) eingeschaltet zu haben, denn diese beantragte am 16.9. bei der Stadtverwaltung den Abbruch, durchzuführen „von den Lüneburger Unternehmern Dickhart, Toltzin und Baden, Lüneburg.“ Es handelt sich bei diesen Firmen um das Unternehmen Dikschat & Toltzin, Baugeschäft, Alten-brücker Torstraße 16, und wahrscheinlich den Dachdeckermeister Gustav Baden, Ringstraße 18, der sich auf den Gerüstbau spezialisiert hatte. Einen Monat später, am 10.10., erteilte das Bauamt die Genehmigung (25) und am 16.10. teilte die Lüneburger Baupolizei dem Makler die Erlaubnis zum Abbruch des Synagogen-Gebäudes mit. Es wies auf bestimmte baupolizeiliche Vorschriften hin und kassierte dafür eine Verwaltungsgebühr, nachdem dieser „Vorgang“ zuvor, am 21.9., dem Regierungspräsidenten gemeldet wurde. (26)



ERICH WEBER - LÜNEBURG

Gründungsjahr 1914

Vermittlung von Grundbesitz und Hypotheken
beeid. Versteigerer für den Stadt- und Landkreis Lüneburg
Hauptvertretung der Aachener und Münchener Vers.-Ges.
und der Gothaer Lebensversicherungs-Bank a. G.
Vertretung der Hamburg-Amerika Linie
Geschäftszeit: 9-17 Uhr, Sonnabends 9-12 Uhr

Postanschrift: Erich Weber, Lüneburg Gr. Bäckerstr. 26 | Drahtwort: Erich Weber, Lüneburg | Fernruf: 4529 | Banken: Kreissparkasse u. Stadtsparkasse Deutsche Bank, Filiale Lüneburg | Postscheck: Hamburg 5888

An die
Baupolizei,
Lüneburg

Stadtbauamt Lüneburg
Eing. 19. SEP. 1938
J. Nr. ..... Anl. .....

Ihr Zeichen | Ihre Nachricht vom | Mein Zeichen W/H | Tag 16.9.38

Betr.:

Namens der Synagogengemeinde stelle ich hiermit den Antrag auf Genehmigung des Abbruchs des Synagogengebäudes. Mit dem Abbruch sind beauftragt die Unternehmer Dickhat, Toltzin und Baden, Lüneburg. Mit dem Abbruch soll Ende Oktober 1938 begonnen werden.
Ich bitte, mir die Genehmigung alsbald zusenden zu wollen.

Mit deutschem Gruss

IE 3186

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde
Abtl. Baupolizei

Lüneburg, den 21. September 1938.

Der Reg.-Präsident
pr. 23 SEP. 938
zu Lüneburg

Urschr. mit einer Akte als Anlage

an
den Herrn Regierungspräsidenten
in L ü n e b u r g.

Ich beabsichtige, die beantragte Abbruchsgenehmigung zu erteilen und bitte, auf Grund des § 34 Ziffer 3 der Bauordnung vom 1o.3.1936, um dortseitige Genehmigung. Die Baupolizei-Akte vom Grundstück Schifferwall Nr. 5 füge ich in der Anlage mit der Bitte um Rückgabe bei.

I.V.

Die weiteren Gespräche und Verhandlungen, die zwischen dem 15. September und dem 13. Oktober 1938 auf den NSDAP- und Verwaltungsebenen (und mit der IHK) geführt wurden, können von uns nicht mehr rekonstruiert werden. Tatsächlich trat die Stadt Lüneburg von ihren Kaufabsichten zurück und brachte die örtliche Industrie- und Handelskammer als einzigen Kaufinteresssenten ins Gespräch.
Möglicher Weise war dafür Ausschlag gebend, dass der NS-Staat nicht selber als Käufer auftreten wollte oder aber die Absicht der IHK, die bislang in der Hindenburgstraße 105 mit städtischen Räumlichkeiten Vorlieb nehmen musste und sich um ein repräsentatives Domizil als wirtschaftlich mächtige Gruppe bemühte, dieser dafür den Vorzug zu geben.

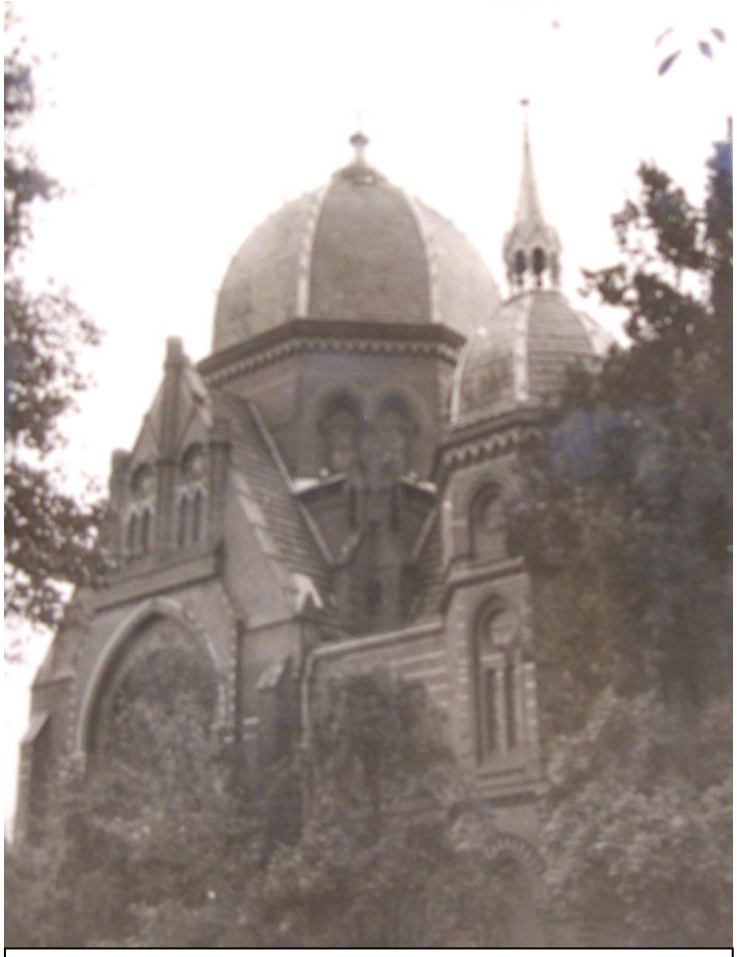


Foto v. 21.10.1938, wenige Tage vor Beginn der Zerstörung

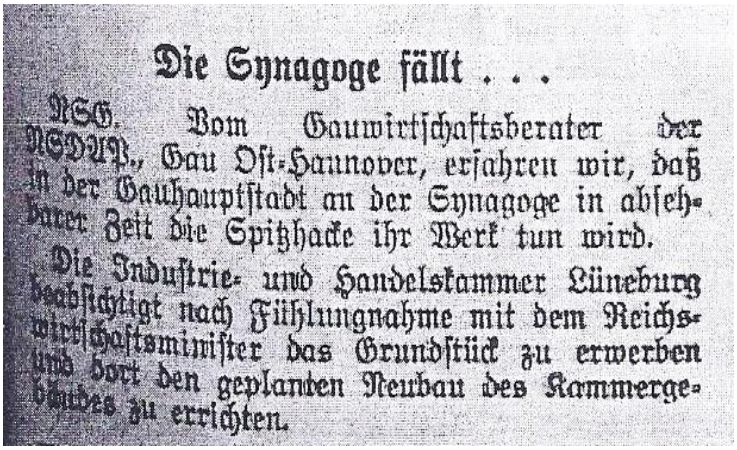
um den Kauf bemühte, wurde geführt von ihrem Präsidenten, Kaufmann Wilhelm Burmeister (Kaffee- und Getreidegroßhändler, Salzstraße a. W.), von den Vizepräsidenten Kaufmann Wilhelm Eggers (Inhaber der Firma Eggers, Auf der Altstadt 26) und Fabrikdirektor Georg Kahle (Wachsbleiche) sowie ihrem Syndikus Dr. Georg Mackensen, allesamt Teil der Lüneburger Nazi-Elite.

Unter einem enormen Verfolgungsdruck wurde die jüdische Gemeinde nunmehr gezwungen, die Synagoge als Kirche aufzulösen. Bereits knapp 14 Tage später, am 23. Oktober, beging sie deshalb ihren letzten Gottesdienst in der Synagoge. Im „Israelitisches Familienblatt“ beschreibt ein mit J. L. unterschriebener Artikel diese letzte Lüneburger Kultusfeier. (27) Sie blieb die letzte Feier Lüneburger Bürger/-innen jüdischen Glaubens in einer eigenen Kirche. Niemals mehr, bis zum heutigen Tag, gründete sich eine jüdische Gemeinde in Lüneburg in der Absicht, hier wieder sesshaft zu werden und wieder eine Kirche ihr eigen nennen zu wollen.
„An den folgenden Tagen begann der Unternehmer mit dem Abbruch, indem er einige Fenster herausnahm.“ (28)

Eine Perspektive jedenfalls, die in ihrer symbolischen Bedeutung kaum zu übertreffen ist: An der heiligen Stätte des Judentums, des Nazi-Inbegriffs vom „schmarotzenden Kapital“, würde sich eine neue Prunkstätte deutsch-arischer Industrie und des Handels erheben. Eventuell standen auch weitere Gründe bei diesen Überlegungen im Vordergrund wie eine angestrebte Senkung des Kaufpreises und/oder die Schaffung einer „Erpressungs-situation“ bei den Kaufver-handlungen angesichts der Präsentation lediglich eines Kaufinteressenten und der zeitlichen Bedrängnis der jüdischen Gemeinde.

Die IHK, die die Verfolgungs-situation der jüdischen Bürger/-innen ausnutzte und sich fortan

Nummer 251 1. Beilage **Lüneburgsche Anzeigen** 26. Oktober 1938



Die Synagoge fällt . . .

NSG. Vom Gauwirtschaftsberater der NSDAP., Gau Ost-Hannover, erfahren wir, daß in der Gauhauptstadt an der Synagoge in absehbarer Zeit die Spitzhacke ihr Werk tun wird.

Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg beabsichtigt nach Fühlungnahme mit dem Reichswirtschaftsminister das Grundstück zu erwerben und dort den geplanten Neubau des Kammergebäudes zu errichten.

Vorgänge um die Pogromnacht

Weitere 14 Tage später veranlasste die jüdische Gemeinde die Entfernung und Sicherstellung der Inneneinrichtung der Synagoge. Die Lage auch für die jüdischen Bürger/-innen Lüneburgs hatte sich im letzten halben Jahr zugespitzt, die NS-Politik steuerte auf einen Pogrom zu:

„Bis Oktober 1938 wurden die drei bisher größten deutschen KZs in Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen stark ausgebaut, so dass sie nunmehr zehntausende Gefangene aufnehmen konnten. Obwohl in Dachau bis dahin keine Juden inhaftiert waren, erhielt die Lagerleitung dort am 25. Oktober den Befehl, 5.000 Judensterne auf Häftlingskleider zu nähen. Zusätzliche Matratzen und Stroh wurden angeliefert.

Die Nachricht vom Attentat auf den zuvor weitgehend unbekannten Diplomaten vom Rath (welches den propagandistischen Anlass für die folgenden Pogrome darstellten, d.V.) erreichte die deutsche Öffentlichkeit erst am 8. November 1938 durch die Tagespresse. Bereits am Spätnachmittag des 7. November begannen jedoch in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt die ersten Übergriffe gegen Juden, ihre Wohnungen, Geschäfte, Gemeindehäuser und Synagogen. Die Täter waren Angehörige von SA und SS. Am Abend des 7. November wurden die Synagoge und andere jüdische Einrichtungen in Kassel, in der gleichen Nacht auch jene der umliegenden Orte Zierenberg, Bebra und Sontra verwüstet.

Noch am 7. November gab das Deutsche Nachrichtenbüro, eine zentrale Institution der Presselenkung im NS-Staat, eine Anweisung heraus, die Meldung über das Attentat sei in allen Zeitungen „in groesster Form herauszustellen“ und es sei besonders „darauf hinzuweisen, dass das Attentat die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muss“. Am darauffolgenden Tag schrieb Wolfgang Diewerge, ein hoher Funktionär des Propagandaministeriums, im Leitartikel des Völkischen Beobachters (Presseorgan der NSDAP): „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als 'ausländische' Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen. […] Die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten, sondern hoffentlich auch ein Signal für diejenigen Ausländer sein, die bisher nicht erkannten, daß zwischen der Verständigung der Völker letztlich nur der internationale Jude steht.“

Ähnliche Kommentare finden sich am 8. und 9. November in anderen Parteizeitungen der NSDAP, etwa im Westdeutschen Beobachter. Die prominent platzierte und namentlich gezeichnete Stellungnahme lässt darauf schließen, dass höchste Parteistellen bereits zu diesem Zeitpunkt entschlossen waren, das Attentat für eine massive antisemitische Kampagne (zu nutzen).

Am selben Abend brannte in Bad Hersfeld die erste Synagoge. In den Landkreisen Fulda und Melsungen, u. a. den Orten Baumbach, Eschwege, Fritzlar, Rotenburg an der Fulda, Witzenhausen, wurden fast alle jüdischen Wohnungen und Geschäfte demoliert. Im Laufe des Abends und der Nacht wurden zahlreiche Juden misshandelt. In Felsberg gab es dabei das erste jüdische Todesopfer in Kurhessen.

Am Nachmittag des 9. November wurden ab 15 Uhr die Synagoge und das jüdische Gemeindehaus in Dessau angezündet. Ab 19 Uhr begannen die Ausschreitungen in Chemnitz. Die Brandstiftungen betrafen allesamt nur Synagogen und Geschäfte, deren Brände die Nachbarhäuser nicht gefährden konnten. Nichtjüdische Häuser und Wohnungen blieben überall verschont.“ (29)

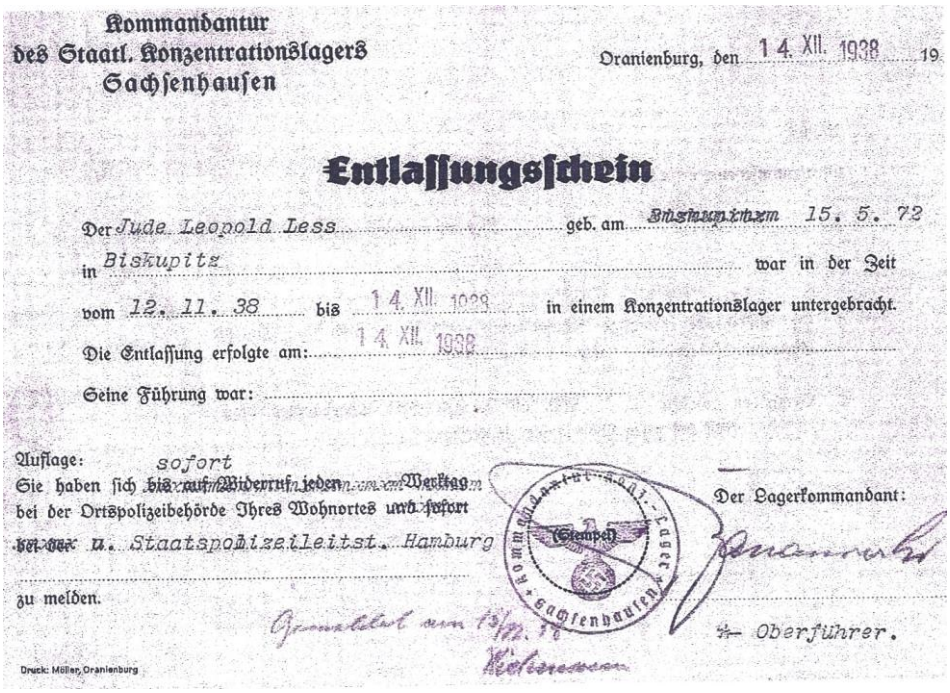
Nach Angaben des Lüneburger Spediteurs Heinrich Wille (eines seit 1905 alteingesessenen Unternehmens Am Werder 25) aus dem Jahre 1989 (30), der wegen umfangreicher Warenlieferungen zuvor geschäftliche Kontakte zu verschiedenen jüdischen Händlern unterhielt, seien die Herren Less, Schickler und Behr am Abend der Pogromnacht nach Feierabend zu ihm in das Büro gekommen und fragten an, ob er mit seinen Angestellten am gleichen Abend noch aus der Synagoge die Inneneinrichtung (u. a. die Kirchenbänke) herausschaffen, auf einen Transporter laden und am nächsten Tag nach Harburg transportieren könne. Daraufhin schickte Wille seinen Lehrling los, um die in der Nähe wohnenden Arbeiter (Im Wendischen Dorfe, Am Berge) zu benachrichtigen und heranzuholen. „Ich hab mit dem Kutscher zusammen den Möbellastzug zurechtgemacht und (bin) dorthin gefahren zur Synagoge, das war ja bei mir um die Ecke. Ich habe dann auch selbst die Sachen mit eingeladen, wir haben also die Synagoge geräumt … Die sakralen Sachen haben die Juden, soviel ich weiß, selbst weggetragen zu sich nach Hause, oder meine Leute haben die vielleicht am nächsten Tag weggebracht.“(31) Von der Synagoge aus wurde der Transport zum Betriebsgrundstück des Spediteurs zum Bardowicker Wasserweg gefahren. Wille erhielt am nächsten Morgen die Nachricht, dass der Transport nicht nach Harburg gehen könne und verwahrte die Sachen („Alles erstklassige Hölzer“) für längere Zeit auf seinem Lager.

Später wurden diese Einrichtungsgegenstände nach Willes Angaben an eine Lüneburger Tischlerei verkauft, zu Fensterrahmen umgearbeitet und „schmücken“ seither manches Lüneburger Bürgerhaus.

Zwar können diese Angaben des Spediteurs Wille nicht gegengeprüft werden, da es keine weiteren Überlieferungen dazu gibt, aber sie sind in großen Teilen in sich schlüssig und logisch: Es kann angenommen werden, dass die antijüdischen Übergriffe und Brandschatzungen in den Tagen unmittelbar vor dem reichsweiten Pogrom auch den Lüneburger Juden bekannt waren und so drängte es sie zur Eile, wenn sie noch die Inneneinrichtung ihrer Synagoge retten wollten. Die Tatsache, dass sie vom Spediteur die sofortige Räumung ihrer Kirche noch am selben Abend („nach Feierabend“) wünschten, zeigt die Bedrängung und Überstürzung an. Auch die Tatsache, dass die jüdischen Auftraggeber anscheinend in der Eile nicht exakt anzugeben vermochten, wohin die Inneneinrichtung transportiert werden sollte, weist auf ein ungeplantes und überstürztes Verhalten hin. Genauso wie die Schilderung, dass die Auftraggeber an den Folgetagen nicht mehr in der Lage waren, den Transport zu begleiten. Am 10. November nämlich wurden Less und Schickler sowie alle anderen erwachsenen männlichen Lüneburger Juden von der Ortspolizei im Auftrage der Lüneburger Gestapo verhaftet und im Landgerichtsgefängnis Am Markt gefangen gehalten. Mit Ausnahme von Aron (Adolf) Schickler, der bald darauf wegen seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes wieder entlassen wurde, wurden alle Männer am nächsten Tage in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert, wo sie über einen Monat lang als KZ-Häftlinge eingesperrt waren.

Es waren nach Eintrag in den Gefangenenbüchern des Lüneburger Landgerichtsgefängnises:

Goetz, Herbert, Apotheker
Horwitz, Albert, Händler
Hirsch, Werner, Angestellter
Hesse, Max, Kaufmann
Jabobsohn, Harry, Kaufmann
Less, Leopold, Rentner
Lengel, Hirsch, Rentner
Meyer, Siegbert, Angestellter
Ransohoff, Albert, Arzt
Schickler, Harry, Kaufmann
(32)



Kommandantur
des Staatl. Konzentrationslagers
Sachsenhausen

Oranienburg, den 14. XII. 1938 19

Entlassungsschein

Der Jude Leopold Less geb. am Biskupitzem 15. 5. 72
in Biskupitz war in der Zeit
vom 12. 11. 38 bis 14. XII. 1938 in einem Konzentrationslager untergebracht.
Die Entlassung erfolgte am: 14. XII. 1938
Seine Führung war:

Auflage: sofort
Sie haben sich ~~bis auf Widerruf jeden Montag~~
bei der Ortspolizeibehörde Ihres Wohnortes ~~und sofort~~
~~bei der~~ u. Staatspolizeileitst. Hamburg
zu melden.

Der Lagerkommandant:
(Stempel)
Kommandantur des Konzentrationslager Sachsenhausen
Oberführer.

Gemeldet am 13/12.38
Kohlmann

Druck: Müller, Oranienburg

An der Verfolgung der jüdischen Bürger/-innen Lüneburgs beteiligten sich viele Behörden, auch die Kriminalpolizei. Z. B. mussten sich nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager die genannten Personen beim Chef der Lüneburger Kriminalpolizei, W. Wichmann,zum Rapport melden, so auch Leopold Less (s. Dokument oben).
Im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens wurde Wichmann vom stellvertretenden Superintendenten Oskar Meyer am 19.11.1946 bescheinigt: „Nach meinem Urteil ist Herr Wichmann ein charakterlich einwandfreier Mann…“. Am 8.3.1949 entschied der Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Lüneburg: „Die Unterstützung des Nationalsozialismus durch den Antragsteller (Wichmann) bestand lediglich in den pflichtgemäßen Mitgliedsbeiträgen … Der Antragsteller wird … als entlastet (Kategorie V) eingestuft.“

Was den genauen Zeitpunkt dieser Aktion angeht, so ist allerdings Skepsis an den Ausführungen des Spediteurs angebracht, denn es ist kaum vorstellbar, dass die schweren Bänke (und evtl. weiteres Mobiliar) am Abend des 9. November in der knappen Zeit zwischen „nach Feierabend“ und der Brandschatzungsaktion (welchen Ausgang diese auch immer fand) herausgeschafft werden konnten. Ebenso verhält es sich mit den sakralen Gegenständen (Toraschrein etc.), die kaum in der kurzen Zeit abgebaut und in die Wohnungen der beteiligten Juden gebracht werden konnten, zumal die antijüdischen Aktionen während dieser Nacht nicht nur bei der Synagoge, sondern auch bei den Geschäften und Wohnungen der Familien Less, Schickler und Behr stattfanden. Möglicher Weise wurde die von Wille geschilderte Aktion am Tag zuvor, am 8. November, durchgeführt, denn auch von diesem Tage waren Pogrome bereits bekannt. Über den weiteren Verbleib des sakralen und leichteren Mobiliars ist nichts bekannt. Angenommen werden muss aber, dass dieses, nachdem es in die Privatwohnungen geschafft wurde, zumindest teilweise bei den öffentlichen Versteigerungen des Inventars dieser Wohnungen der genannten jüdischen Familien verkauft und so in Lüneburger Familienbesitz gelangte sowie durch den Ankauf durch Museumsleiter Reinecke in den Besitz dieser Lüneburger Einrichtung. (s. S. 28)

Über die weiteren Geschehnisse an der Synagoge in dieser Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 liegen einige Berichte vor, die aber kein ganz einheitliches Bild ergeben:
Oberbürgermeister und Polizei waren auf die bevorstehenden Ausschreitungen vorbereitet: „In dieser Nacht war der Polizeimeister Wilhelm Fricke Wachhabender bei der Polizeiwache. Er wurde bereits am Abend des 9. November von dem Oberbürgermeister Wetzel angerufen, der ihm die Anweisung erteilte, nicht einzuschreiten, falls während der Nacht irgend etwas gegen die Juden passierte.“ (33)
Eine Zeitzeugin konnte sich erinnern, dass „an der Synagoge Fenster eingeschlagen

und hölzerne Fensterrahmen in Brand gesteckt“ wurden (34) und auch E. Hessing beschreibt in der LZ vom 27.7.1988 solche Geschehnisse: „In der Synagoge, in der man immer noch das jüdische Gotteshaus sah, drang ein Schlägertrupp aus den Parteiniederungen ein und legte Feuer an die letzte Erinnerung. Dichter Qualm drang auf die Straße. Nachbarn und Feuerwehr verhinderten das Schlimmste.“ Manfred Göske hingegen schildert in der Landeszeitung, es „waren auch hier in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 „unbekannte Männer“ am Werk … Sie hatten auch schon Stroh, Papier und Holz im Innern der Synagoge aufgeschichtet, wurden aber an der Brandstiftung gehindert und zogen wieder ab, als man sie darauf hinwies, daß das Gebäude „nicht mehr jüdisch“ sei.“(35) R. Sabelleck schreibt allerdings: „Als am 9. November 1938 der Pogrom in Szene gesetzt wurde, war die Synagoge kein Angriffsziel mehr, da sie wenige Tage zuvor … bereits abgebrochen wurde.“ (36)

Ein Tatbeteiligter, NSDAP-Kreisleiter Adolf Heincke, äußerte über diese Vorgänge in seinem Verfahren vor dem Spruchgericht 1947, dass er lediglich zufällig von den Geschehnissen erfahren habe, weil er nachts noch gemeinsam mit Wilhelm Marquardt (Gaupropagandaleiter/ Kulturstellenleiter) einen ausgedehnten Spaziergang unternommen habe. Dabei hätten beide die Brände und Verwüstungen der Fensterauslagen bei Schicklers entdeckt, waren anschließend auf der Polizeiwache und dann bei Gubi Am Markt. „… und vom Geschäft Gubi gingen wir zur Synagoge. … An der Synagoge waren keine Menschen. Marquardt und ich ging in die Synagoge. Sie befand sich zum Abbruch und konnte betreten werden. Von aussen war der Abbruch nicht zu erkennen.“ (37) Weil Heincke jede Tatbeteiligung und jede weitere Kenntniss über die Vorgänge während der Pogromnacht abstritt, wurde gegen ihn von der Staatsanwaltschaft Lüneburg unter dem Aktenzeichen 1 Js 39/47 ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Dieses Verfahren ist leider nicht überliefert.(38) Wie auch bei anderen Ermittlungen gegen Nazi-Größen mag die Lüneburger Staatsanwaltschaft die Akten in den 50-er Jahren vernichtet haben.(39)

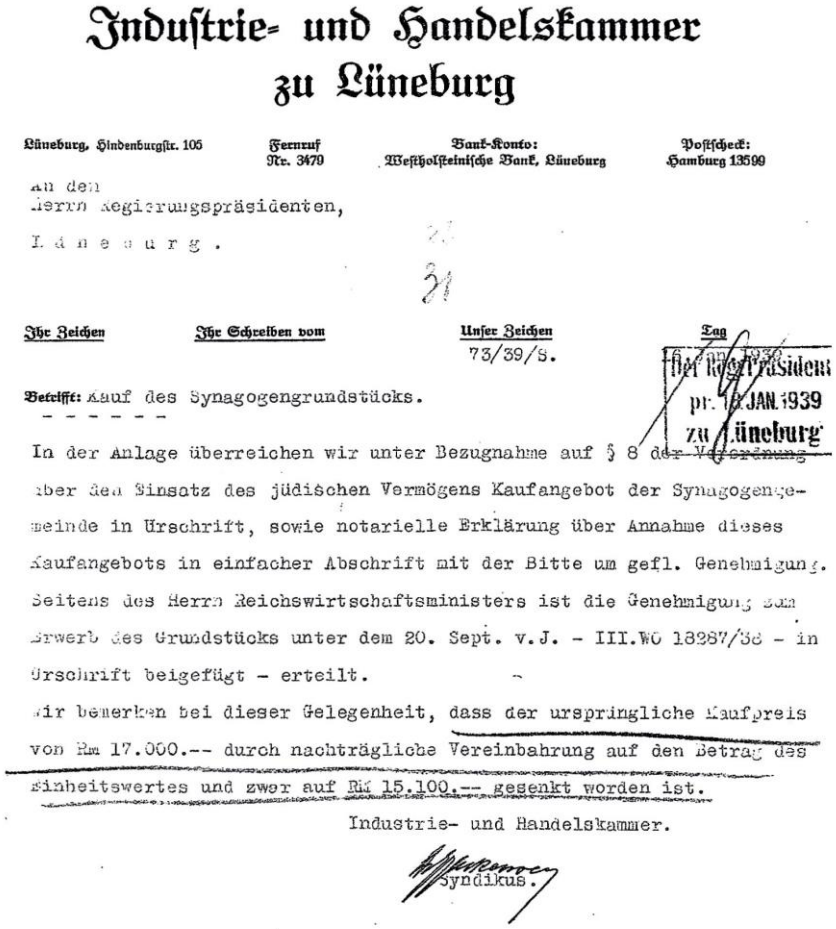
Verkauf des Synagogen-Grundstücks

Dass den Vorstehern der jüdischen Gemeinde bei dem Verkauf des Synagogen-Grundstücks ihre Zwangssituation deutlich bewusst war, ist zu erkennen an dem sehr niedrigen Verkaufspreis, den sie für dieses Grundstück zu erzielen hofften. Der Preis von 20.000 RM für ein Grundstück in dieser Größe in I a-Wohnlage der Stadt war sehr niedrig angesetzt. Wohl deshalb auch teilte das Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium am 20.9.1938 mit, dass es mit diesem Kaufpreis einverstanden sei. (40)

Dennoch wurde im Zusammenspiel der Stadt mit der Bezirksregierung und der IHK dieser niedrige Verkaufspreis noch weiter gedrückt, so dass die Synagogen-Vorsteher Schickler und Less am 10.10.1938 der IHK ein notarielles Angebot machen mussten, welches lediglich noch 17.000 RM als Verkaufsbetrag vorsah. Dieses Angebot wurde von Burmeister für die IHK am 22.10.1938 notariell angenommen, womit der Kauf abgeschlossen war. Das Reichswirtschaftsministerium hatte bereits zugestimmt. (41)

Aber auch dieser niedrige Betrag wurde schließlich nicht gezahlt. Der Kauf unter diesen Bedingungen wurde nicht realisiert, weil es sich bei diesem, wie der Regierungspräsident nun meinte feststellen zu müssen, um den Einheitswert aus dem Jahre 1914 handele, der nicht mehr dem aktuellen Grundstückspreis entspräche, sondern gesunken sei. Angesichts der auch seinerzeit stetig steigenden Grundstückspreise, zumal in derart exponierter Wohnlage, hatte eine Orientierung auf den Einheitswert lediglich zum Ziel, den Verkaufspreis weiter zu senken.

Am Beispiel des ebenfalls erzwungenen Verkaufs des Grundbesitzes des Henry Jacobson Am Markt 6 (Kaufhaus Gubi) wird dies deutlich: Dessen Einheitswert für 1914 wurde auf 88.600 RM festgelegt und der von der Stadt als volkswirtschaftlich gerechtfertigter Wert auf 115.000 RM geschätzt. Ein Gutachten des beeideten Schätzers Ernst Raab aus dem Jahre 1926 kam gar auf einen Verkaufswert von 190.000 RM, wie aus einem Schreiben des Rechtsanwalts Mangoldt an den Oberbürgermeister in dieser Sache vom 26. August 1938 hervorgeht. (42)



Industrie- und Handelskammer
zu Lüneburg

Lüneburg, Hindenburgstr. 105 | Fernruf Nr. 3479 | Bank-Konto: Westholsteinische Bank, Lüneburg | Postscheck: Hamburg 13599

An den
Herrn Regierungspräsidenten,
L ü n e b u r g .

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen 73/39/S. | Tag 6. Jan. 1939

Der Regierungspräsident pr. 18. JAN. 1939 zu Lüneburg

Betreff: Kauf des Synagogengrundstücks.

In der Anlage überreichen wir unter Bezugnahme auf § 8 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens Kaufangebot der Synagogengemeinde in Urschrift, sowie notarielle Erklärung über Annahme dieses Kaufangebots in einfacher Abschrift mit der Bitte um gefl. Genehmigung. Seitens des Herrn Reichswirtschaftsministers ist die Genehmigung zum Erwerb des Grundstücks unter dem 20. Sept. v.J. - III.WO 18287/38 - in Urschrift beigefügt - erteilt.

Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, dass der ursprüngliche Kaufpreis von Rm 17.000.-- durch nachträgliche Vereinbahrung auf den Betrag des Einheitswertes und zwar auf Rm 15.100.-- gesenkt worden ist.

Industrie- und Handelskammer.

Syndikus.

Bürgermeister Mohrmann teilte dem Regierungspräsidenten darauf hin nachträglich am 3.9.1939 mit, der Einheitswert für das Synagogen-Grundstück aus dem Jahre 1914 betrage 15.100 RM, der volkswirtschaftlich gerechtfertigte Wert im Jahre 1939 nur geringfügig mehr, nämlich 15.144 RM (12 RM/m^2). (42)

Für die IHK wurde der Kaufpreis für das Synagogengrundstück im April 1939 also ein weiteres Mal gesenkt, nun auf den Einheitswert. Diese ungewöhnliche nachträgliche Herabsetzung des Kaufpreises wird durch einen Aktenvermerk des Regierungspräsidenten erklärt: Der Differenzbetrag zwischen 15.100,00 RM und 17.000,00 RM hätte an das Reich abgeführt werden müssen. (43)
Durch Umgehung der Vorgaben der Judengesetze Hermann Görings, nach denen „Entjudungsgewinne“ an das Reich fließen sollten, ersparte sich die IHK diese 1.900,00 RM und reduzierte sich der Verkaufspreis für die jüdische Gemeinde um diesen Betrag.

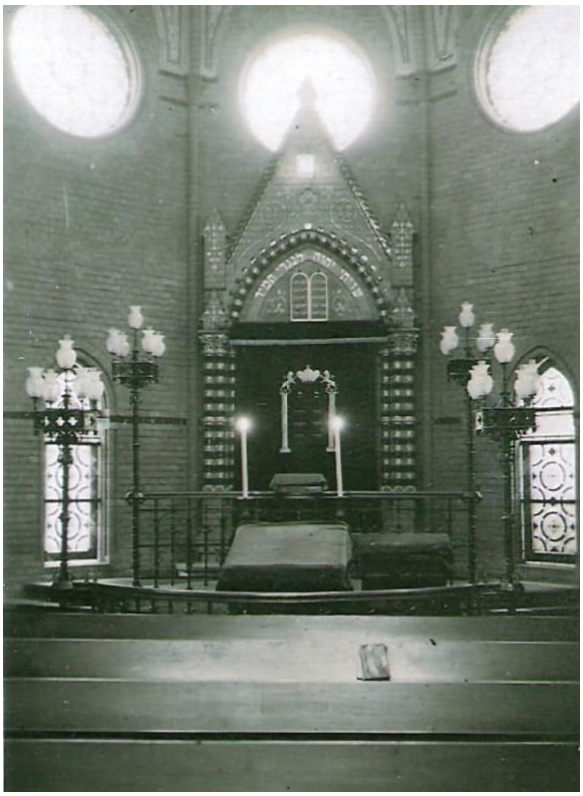
„Nachdem das Finanzamt Lüneburg am 15. März und die Gauleitung der NSDAP am 16. März 1939 ihr Einverständnis erklärt hatten, erwarb die IHK Lüneburg am 24./25. April 1939 das Synagogen-Grundstück zum Preis von 15.100 RM. Der Käuferin wurde zur Auflage gemacht, den … Kaufpreis … auf ein Sperrkonto der Devisenbank für die Verkäuferin einzuzahlen, über das nur mit Genehmigung der Devisenüberwachungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten in Hannover und des Finanzamtes Lüneburg verfügt werden durfte.“ (44) Der größte Teil dieser Summe fiel an das Deutsche Reich im Zuge der Enteignung und Beschlagnahme sämtlichen jüdischen Vermögens. Eingezahlt wurde der Betrag auf ein Konto der Lüneburger Filiale der Deutschen Bank, die somit auch noch an der „Entjudung“ Lüneburgs ein wenig mitverdienen durfte.

Sicherung der Abrissarbeiten durch Baupolizei und TNH

durchgeführt, denn es gab in der Folgezeit eine längere Auseinandersetzung verschiedener Instanzen über den noch dort vorhandenen Bauschutt und die Herrichtung des Geländes. Zunächst sah sich der Regierungspräsident am 15.9.1939 veranlasst, den Oberbürgermeister Lüneburgs um Bericht zu ersuchen, ob „die Beseitigung der Ruinen … inzwischen erfolgt ist“, worauf ihm umgehend von der örtlichen Baupolizei Vollzug gemeldet wurde: „Der Abbruch der Synagoge in Lüneburg, Am Schifferwall, ist seit Monaten bereits restlos fertiggestellt.“(46)
Diese Mitteilung über die „Beseitigung des jüdischen Schandflecks“ entsprach aber nur der halben Wahrheit, denn es folgte eine Auseinandersetzung über die weitere Herrichtung des Grundstücks, die sich über zwei Jahre hinzog.

Abriss der Synagoge und Verwendung des Grundstücks als Spielplatz

Nach dem Abbruch der Synagoge fanden das Mauerwerk anscheinend eine weitere Verwendung: Frau A. Stankowski berichtet in ihrem Aufsatz „Mit Adendorfer Geschichte(n) gepflastert - 750 Meter Kastanienallee“: „Ein weiterer Name hat sich den älteren Adendorfern eingeprägt, denn in ihrer Jugendzeit hieß sie im Volksmund auch „Synagogenstraße“ … Der Bauunternehmer benutzte im März 1939 die legal erworbenen, abgebrochenen Ziegelsteine des Gotteshauses, um beim Ausbau der Kastanienallee den Untergrund der Straße zu befestigen.“ Nach den Hinweisen von zwei Bewohnern der Neuen Straße soll der Abriss-Schutt der Synagoge für die Anlegung auch dieser Adendorfer Straße ebenfalls verwendet worden sein. (45)



Die Abbruch- und Räumungsarbeiten der Firma Toltzin wurden nicht vollständig

Auseinandersetzungen um die Herrichtung des Grundstücks

Das Grundstück schien zunächst nicht zur Zufriedenheit der Stadt hergerichtet worden zu sein. Der Oberbürgermeister jedenfalls mahnte die IHK mit Schreiben vom 30.4.1940 an, „mit dazu beizutragen, dass für die kommende Frühlings- und Sommersaison das Stadtbild in seinem äußeren Ansehen der Straßen und Plätze so schön zu gestalten wie das nur möglich ist.“ Da sich auf dem früheren Synagogen-Grundstück „kleine Reste von altem Mauerwerk (befinden), auch einiges Gestrüpp usw. liegt dort herum“, bat er darum, „dass dieser Platz ein wenigstens sauberes und auch würdiges (!) Aussehen bekommt“. Da aber die IHK (Burmeister und Mackensen) die Kosten für die Säuberung des Grundstücks nicht bereit war zu übernehmen, kam es in der Folgezeit darüber zu einem erregten Disput, in dem der Regierungspräsident und sogar das Reichsministerium einbezogen wurde. Immer wieder erinnerte der OB wie am 11.5.1940 die IHK daran, das Grundstück „… in möglichst guten Zustand zu versetzen, insbesondere die Mauerreste so herzustellen, dass sie auch für den Fremdenverkehr einen guten Anblick bieten“ und auch Regierungsdirektor von Heintze beklagte sich einige Tage später „… über den ungewöhnlich hässlichen und polizeiwidrigen Zustand des Grundstücks der früheren Synagoge.“ Er habe gar dem Minister darüber einen Bericht erstatten müssen.
Die IHK wollte sich darauf hin des Problems entledigen, indem sie, wie der Syndikus dem Oberbürgermeister am 17.5.1940 mitteilte, der Städtischen Abfuhranstalt den Auftrag gab, das Grundstück zu säubern. Damit machte sie auch deutlich, welche Kompetenzen sie sich anmaßte, denn Aufträge an städtische Behörden zu vergeben war natürlich ausschließlich behördeninterne Angelegenheit. Da aber der IHK-Präsident Burmeister zugleich in seiner Stadtrats-Eigenschaft als Dezernent der Städtischen Abfuhranstalt fungierte, konnte er die IHK-Interessen auch behördenintern durchsetzen, an Bürgermeister Mohrmann vorbei. Tags darauf bereits wurde gesäubert („wobei die großen Steinblöcke usw. nicht abgefahren wurden“), was aber nicht viel Sinn machte, denn inzwischen wurde das Grundstück von den Kindern der Umgebung als eine Art „Abenteuerspielplatz“ in Besitz genommen, wie der zuständige Betriebsleiter der Abfuhranstalt am 23.5.1940 dem Oberbürgermeister mitteilte: „Schon einige Tage später warfen Kinder wieder alte Dosen usw. auf den Platz und bauten sich sogar von den dort vorhandenen Steinen, die von der Mauer entnommen wurden, Hütten … Die Verschmutzungen kommen hauptsächlich von den vorhandenen Mauerresten. Hier spielen die Kinder, brechen Steine los und werfen sie planlos auf den Platz und auf die Straße. Der Platz wird von den Kindern als Spielplatz benutzt, die dann auch allerlei Abfälle an Zweigen, Dosen usw. dort hinschaffen, um damit zu spielen.“

Nach weiteren Schreiben hin und her, einer Besprechung am 5.6.1940 zwischen Bürgermeister Mohrmann, Regierungspräsident Matthaei, Regierungsdirektor von Heinze, dem IHK-Präsidenten Burmeister sowie dessen Geschäftsführer Dr. Reinecke und gar der Verabschiedung einer Entschließung bei einer Stadträtebesprechung im Juni d. J. wurde schließlich vereinbart, dass die Stadtgartenverwaltung das Gelände „mit finanzieller Unterstützung der IHK, möglichst sofort in einen einigermaßen sauberen …. Zustand versetzt.“ Über ein halbes Jahr später bemängelte der OB zwar immer noch: „Der öde Platz gegenüber eines der schönsten Teile unserer Anlagen beeinträchtigt das Straßenbild in einem durchaus unerwünschten Umfange …“, aber nach einem Kauf von 38 qm der Fläche „zum Zwecke der Beseitigung des scharfen Knicks in der Straße“ von der IHK am 24.10.1941 beabsichtigte man, „den Platz vorübergehend zu einem Schmuckplatz umzugestalten.“ (46)

Für die Gestaltung des Grundstücks bis zur geplanten Bebauung durch die IHK wurden verwaltungsintern verschiedene Pläne entwickelt, Zeichnungen und Kostenvoranschläge erstellt (Stadtgarteninspektor Rößner plante mit Ausgaben in Höhe von 1.276 RM) und auf der Stadträtebesprechung vom 16.7.1940 beschlossen. In einer Vereinbarung zwischen der Stadt und der IHK vom 30.10.1941 wurde schließlich festgelegt: „Die IHK stellt dieses Grundstück, so lange es für Bauzwecke nicht benötigt wird, der Stadt Lüneburg zur Benutzung als Grünanlage und Kinderspielplatz … zur Verfügung. Die Stadt hat das Gelände bereits entsprechend hergerichtet.“ (47) Die IHK stellte zur Unterhaltung des Platzes jährlich 100,- RM bereit, die Stadtverwaltung sorgte für die Einfriedung, ließ Sträucher anpflanzen und stellte das Spielgerät („Bänke, Sandkasten, Wippe usw.“) bereit.

Das Gelände der jüdischen Kultstätte diente somit fortan als Spielplatz für Lüneburgs „arische“ Kinder, mindestens bis 1947.
Dass dieser Spielplatz nicht nur seine Bedeutung fand für die Kinder vornehmlich des Wasserviertels und deren Eltern,

Früher Judentempel —
heute fröhlicher Tummelplatz für Kinder

Dort, wo früher der Judentempel unseligen Angedenkens stand, tummeln sich heute frohe Kinder im Sonnenschein! Lüneburg ist um einen neuen, herrlichen Kinderspielplatz reicher. Stadtverwaltung und Stadtgartenverwaltung haben hier gegenüber den im schönsten Blumenschmuck prangenden Schifferwall-Anlagen in rasch vorangetriebener Arbeit einen idealen Spielplatz für unsere Kleinsten geschaffen. Ein schmucker Holzzaun umfriedet die Anlage, Bänke bieten Müttern und Mädchen Sitz- und Erholungsgelegenheit, sorgsam beharkte Erde läßt kommende Grünflächen ahnen, heller Kies zeichnet die Gehfläche ab und inmitten dieser ganzen Herrlichkeit ein großer, schöner Sandkasten als Mittelpunkt harmlos-emsiger Kinderspiele. Der Eingang zum Platz ist recht geschickt an die Kaufhausstraße gelegt; so besteht keine Gefahr, daß die Kinder vielleicht einmal unbeobachtet auf die verkehrsreiche Reichenbachstraße gelangen.

Früher Freitempel für jüdische Ausbeuter, heute Tummel- und Sonnenplatz für frohe, gesunde Kinder! Wo könnte sich der große Wandel in deutschen Landen eindrucksvoller zeigen, als hier? —

Auch auf diesem neuen Platz sind Papierkörbe angebracht, die den Platzbesucher daran erinnern, daß Grünflächen, Kieswege und Straßen keine Müllkästen sind . . . Wie all die andern, so ist auch diese Anlage dem Schutze des Publikums empfohlen! e. t.

sondern von den Nazis propagandistisch ausgeschlachtet wurde mit Blick auf die spezifische Geschichte dieses Ortes, zeigen zwei Artikel in den Lüneburgschen Anzeigen vom selben Jahre 1941, die auf diesen Spielplatz Bezug nehmen. Hier wird nicht lediglich auf die Nutzungsmöglichkeiten dieser Aufenthaltsstätte für die Kinder der Gegend hingewiesen, wie es vielleicht auch bei einem Bericht über andere Spielplätze geschah, sondern bereits in den Artikelüberschriften der „Sieg über das Judentum“ gefeiert. In einem am 14.7.1941 veröffentlichten Zeitungsartikel mit der Überschrift „Früher Judentempel – heute fröhlicher Tummelplatz für Kinder“ wird dieser antisemitische Nazi-Wahn ausgebreitet in einer Form, die in ihrer Deutlichkeit auf das eliminatorisch-rassistische

Planungsskizze des Stadtbauamtes

Alltagsselbstverständnis hinweist: „Früher Freitempel für jüdische Ausbeuter, heute Tummel- und Sonnenplatz für frohe, gesunde Kinder! Wo könnte sich der große Wandel in deutschen Landen eindrucksvoller zeigen, als hier?"

Die Frage nach der Nützlichkeit der antijüdischen Politik der Nazis für die Volksgemeinschaft, hier am Beispiel „gesunder arischer Kinder“ dargeboten (die am Orte der früheren „jüdischen Ausbeuter“ froh aufwachsen können), war Teil der tödlichen NS-Propaganda und Mittel zur Akzeptanz dieser Politik durch die Lüneburger/-innen. Wer fragte schon bei den neu geschaffenen und sicher auch mit Freude angenommenen „Erholungsmöglichkeiten auch für Mütter und Mädchen“ danach, wo die Menschen geblieben waren, die zuvor diesen Ort besuchten, zumal die vorherrschende Einstellung die Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerungsgruppe als völkisch gerechtfertigt und legitimiert erscheinen ließ? Dass dieser Alltagsrassismus Eingang fand in die redaktionelle Arbeit zeigt auch dieser LA-Artikel selbst: Es handelte sich nicht etwa um einen von der NS-Pressestelle vorformulierten und als solchen in das Blatt gesetzten Artikel, sondern um einen eigenständigen Beitrag der Lokalredaktion. Der Verfasser, Eberhard Tilgner, der zuvor ab 1938 beim konkurrierenden „Lüneburger Tageblatt“ (der Volksmund sprach vom „Nazi-Blatt in der Apothekenstraße“) des Stahlhelmers Otto Ackermann tätig war, bis er nach dessen Ende 1941 in die LA-Redaktion wechselte, schrieb hier vornehmlich für die Bereiche „Kultur und Bildung“. Nach 1949/1952 wurde er wieder für dasselbe Ressort tätig, welches sich nun „Feuilletonredaktion“ nannte bei derselben Zeitung, die sich in „Lüneburger Landeszeitung“ umbenannte. Zunächst war er noch als freier Mitarbeiter angestellt und stieg schließlich bis zum Leiter des Feuilletons auf. 20 Jahre lang schrieb er u.a. eine wöchentliche Kolumne unter dem Titel „An den Rand geschrieben“, 1978 erhielt Tilgner den Niedersächsischen Verdienstorden am Bande. (47/1)

Neues Leben blüht aus den Ruinen

Dort, wo einst am Schifferwall die Synagoge stand und nach dem Abbruch ein wüstes Trümmerfeld die Gegend verunzierte, ist ein idealer Spielplatz für kleine Kinder entstanden. Ringsum eingefriedet, an seinem Rand mit Heide und Buschwerk bepflanzt, bietet er nicht nur den Kindern einen fröhlichen Tummelplatz, auch die Muttis können bei den Kleinen bleiben und sich an deren munterem Spiel erfreuen. Es sind Bänke genug da zum Ausruhen — aber wann ruht eine Mutter wohl? Man sieht sie alle mit einer Arbeit in der Hand, die eine häkelt ein Leibchen — die andere strickt dem Bübchen warme Strümpfe für den Winter. Auf dem bekiesten großen Spielplatz ist eitel Freude und Lachen. Da ist ein großer Sandkasten für die Kleinsten, eine „Schwebestange“ gibt den Beherzteren Gelegenheit, ihre Sicherheit im Gleichgewicht zu zeigen. Wenn eins runterplumpst, so schadet das nicht, dann wird der Lauf nochmal gemacht. Das weitaus größte Vergnügen aber ist die Wippe, zehn Kinder — sogar die Puppen müssen mitmachen — sitzen meistens drauf, und ohn Unterlaß geht's mit Geschrei — auf und ab, ab und auf. Und alles, was vorübergeht, bleibt einen Augenblick stehen und freut sich an dem munteren Spiel. ib.

Tilgners LA-Arbeitskollegin Ida Buchholz, die ansonsten u. a. Bücher rezensierte und Filme besprach, verfasste - ebenfalls als redaktionellen Beitrag – etwa drei Monate später (47) einen weiteren Artikel in gleicher Diktion und in Anwendung eines zynischen Rückgriffs auf Schillers Wilhelm Tell :„Neues Leben blüht aus den Ruinen“ (48):

Die IHK selbst fand, entgegen ihrer ursprünglichen Pläne, an einer Bebauung des Grundstücks mit einem IHK-Zentralgebäude ab 1941 kein Interesse mehr, wie der Oberbürgermeister Wetzel am 2. Januar 1941 mitteilte: „Im Hinblick auf die augenblicklichen Verhältnisse auf dem Bauhandwerker- und Materialmarkt kann aber die Absicht in absehbarer Zeit nicht ausgeführt werden.“ (49) Menschen und Material wurden für den Krieg und die Besetzung der umliegenden Staaten benötigt; der Überfall auf die Sowjetunion stand unmittelbar bevor. Die IHK bemühte sich deshalb um den Erwerb des für ihre auch repräsentativen Zwecke wesentlich besser geeigneten und im Stadtkern gelegenen Gebäudes Am Sande 1, welches sie schließlich am 1. Oktober 1942 erwarb, aus verschiedenen Gründen aber erst nach 1945 beziehen sollte. (50)

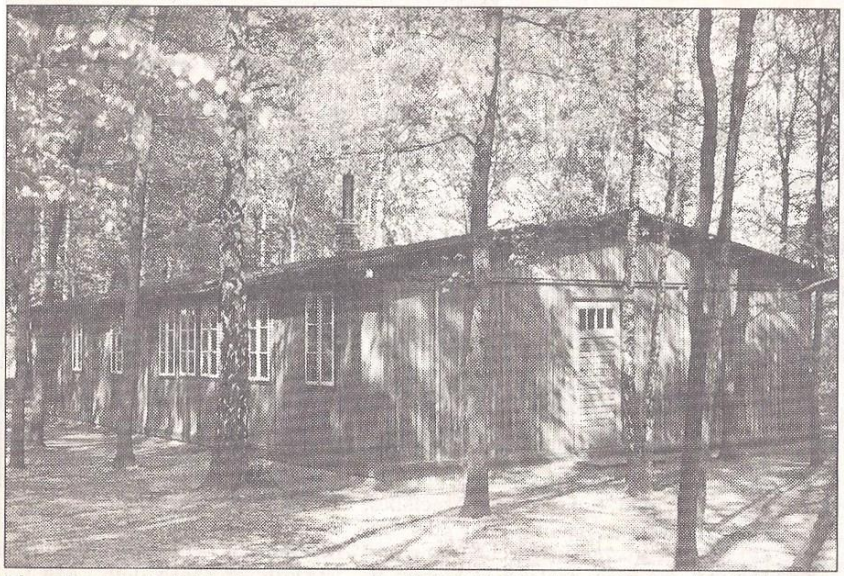
Nach 1945: Ablehnung jüdischer Ansprüche

Im Jahre 1945 bildete sich sehr schnell wieder eine jüdische Gemeinde in Lüneburg, die aber nicht aus überlebenden Lüneburger Juden bestand, sondern aus Überlebenden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Nach der Befreiung des Lagers gelangten diese ehemaligen KZ-Häftlinge nach Lüneburg, offensichtlich aber nicht, um hier heimisch zu werden, sondern um sich vor allem auf ihre Auswanderung nach Palästina/Israel vorzubereiten. „Im Januar 1946 soll sie ca. 600 Personen umfasst haben, davon 80 % aus Polen, die anderen aus Rumänien, Ungarn und Deutschland. Am 16. November 1945 wurde zunächst in der Bäckerstraße 13 ein jüdischer Klub eröffnet, der auch als Geschäftsstelle der Gemeinde diente … Gegen Ende der 40er Jahre löste sich die Gemeinde parallel zum DP-Camp Bergen-Belsen schnell auf. Anfang Dezember 1949 bestand sie nur noch aus 80 Personen, die wohl im Laufe des Jahres 1950 ebenfalls fortgingen.“ (51)

Auch existierte von 1946 bis 1948 in einer Baracke an der heutigen Werner-von-Meding-Straße in Ochtmissen ein Kinderheim für jüdische Waisen und Halbwaisen zwischen drei und fünfzehn Jahren, überwiegend aus Polen und der Sowjetunion, denen nach der Befreiung dort ein vorübergehendes zu Hause geboten wurde und die von Frau Marianne Wendelstorf betreut wurden. (52) Es handelte sich um ein von der Jewish Relief Unit eingerichtetes „Heim für die aus verschiedenen Lagern befreiten Kinder.“ (53)

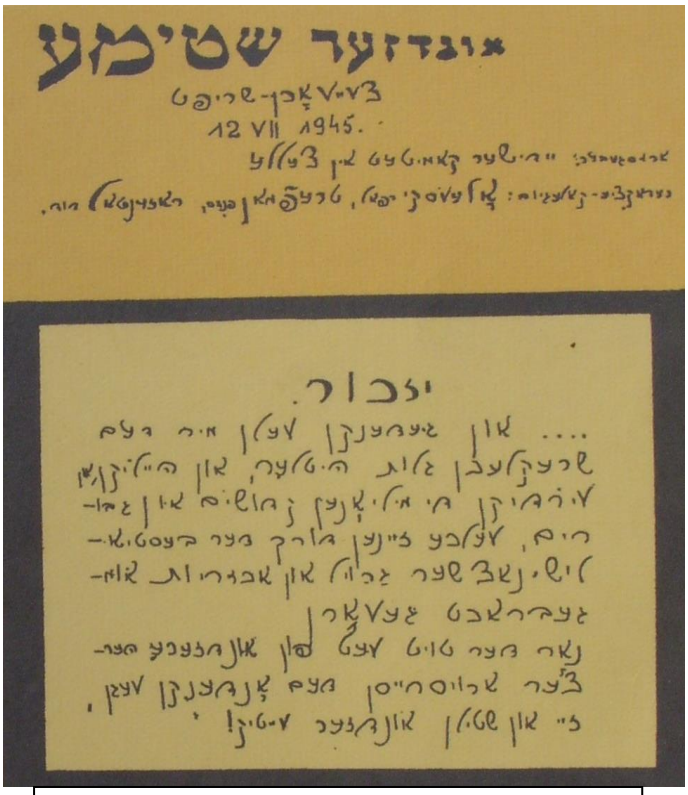
Einen Hinweis auf erstes jüdisches Leben in Lüneburg nach der Befreiung liefert Moshe Olewski, 1939 Rabbiner in Radziejow (Polen) und ab Mitte 1945 Betreuer der jüdischen Gemeinde in Celle. Er berichtet in der Zeitschrift „UNZER SZTYME“ im Heft Nr. 2 vom 15.8.1945 (ein in jiddisch geschriebenes Mitteilungsorgan des Jüdischen Zentralkomitees, gedruckt in Bergen-Belsen) von einem Besuch verschiedener Lager in einigen Orten Norddeutschlands und schildert die Situation in Lüneburg um den Juli/Anfang August 1945: „In Lüneburg wohnen 600 Juden, der größte Teil kommt aus Polen. 90 % der Juden befinden sich in Krankenhäusern.
Einige staatenlose (Juden) wohnen in der Stadt. Im polnischen Lager befinden sich einige Dutzend Juden. Dank des Dr. Reisman aus Keltz (Kielce) hat sich ihre schwierige Lage etwas verbessert, obgleich sie weit (davon entfernt) ist, zufriedenstellend zu sein.“ (54)

Einen weiteren Hinweis liefert diese Zeitschrift ein Jahr später (Heft 13 vom 15.9.1946) mit einem Bericht über eine vom Lüneburger KZ-Ausschuss für den 1. September (seinerzeit in Deutschland als Anti-Kriegstag der „Tag der Erinnerung und Mahnung“) anberaumte Feierlichkeit im Tiergarten zum Gedenken an die ermordeten KZ-Häftlinge: „Es erscheinen Delegationen mit Blumenkränzen. Man sieht die Militärregierung (nur Blumen, kein delegierter Offizier), das Jüdische Zentralkomitee, die Stadtverwaltung, SPD, KPD, die Christliche Union, die KZ-Betreuungsstelle und das Jüdische



Diese Baracke in Ochtmissen war von April 1946 bis Oktober 1948 ein Heim für jüdische Waisen, deren Eltern in Konzentrationslagern umgebracht wurden. Foto: nh

Komitee von Lüneburg. Es haben sich nur wenige versammelt, vor allem alte Frauen, alte Männer, KZ-Invaliden, jüdische und deutsche KZ-Häftlinge.“ Rabbiner Zvi Helfgott, Mitglied des jüdischen Zentralkomitees, sprach ein Gebet und hielt eine Ansprache (Lasst uns „zusammen mit allen demokratischen Kräften gegen den Faschismus kämpfen, der noch in Deutschland weiter lebt.“) ebenso wie der Vorsitzende des Hannoveraner KZ-Ausschusses Gerhard Grande („Wir KZ-Häftlinge werden immer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpfen“). (55)


אונדזער שטימע

12 VII 1945.

יזכור.

Faksimile von „UNZER SZTYME“, S. 1 der Nr.1

Bereits 1947 scheint es einen heftigen Disput gegeben zu haben über Retributionszahllungen für die ehemalige Synagoge, die von der jüdischen Gemeinde gefordert wurden. Im Heft 21 vom 12.7.1947 der genannten Zeitschrift berichtet Abraham Berger: „Am 2. Jahrestag der Befreiung haben wir unter Anwesenheit aller Lüneburger Juden und geladener Gäste im Raum der jüdischen Gemeinde eine Gedenkfeier veranstaltet.“ (56) A. Berger, der dort die Haskarat (Neschamot) vortrug (eine synagogale Seelenfeier zum Gedächtnis der Verstorbenen), berichtet ausführlich über diese Gedenkfeier und über eine Versammlung am Folgetag am Massengrab im Tiergarten und schließt diesen Artikel mit einer Stellungnahme, die wahrscheinlich er selbst oder der Vorsitzende der Lüneburger Gemeinde, Herr J. Reich, bei einer der hier genannten Versammlungen bereits vorgetragen hatte:

„Mehr als 2 Jahre sind wir hier als Befreite und nur durch einen Zufall ist es uns gelungen, auf ein schändliches, zynisches Dokument, das ein Licht auf die Geschichte der Vernichtung der alten jüdischen Gemeinde mit ihrer prächtigen Synagoge … wirft, zu stoßen. Wir wussten, dass die Synagoge auf dem heutigen Spielplatz für deutsche Kinder stand … Das schändliche Dokument, das entdeckt wurde, ist ein Vertrag der Baufirma Talzin (gemeint ist die Firma Toltzin, d. V.) … mit 2 Mitgliedern der Lüneburger Synagoge und klingt wirklich unglaublich. Hört den Nazi-Zynismus:
Auf Verlangen der jüdischen Synagogengemeinde soll die oben erwähnte Firma die Synagoge abreißen. Die jüdische Gemeinde zahlt für den Abriss 1.500 Mark und für das Entfernen des Bauschutts 500 Mark. Das ganze Material und das Inventar, darunter Antiquitäten, gehören der Firma.
Von dem ganzen Material haben wir bis jetzt 60 Balken, etliche Steine, Scheiben und die Türen des Toraschreins gefunden. Die aufgezählten Gegenstände waren aufgrund ihres „verdächtigen“ Aussehens nicht (wieder) verwendet worden. Ein Teil des Inventars befindet sich in einer Kneipe (Schänke). Wir sind auf der Spur der Teppiche und verschiedener heiliger Gegenstände („kli kaudesch“: Torarolle, Toraschmuck, Leuchter, Schofar und Gebetbuch). Aufgrund der deutschen Solidarität ist es für uns schwierig, den vandalischen Taten nachzugehen.“ (57)

Es ist festzustellen, dass die zuständigen und involvierten Lüneburger/-innen zu jener Zeit nicht bemüht waren, die

jüdische Gemeinde über den Verbleib ihres Besitzes aufzuklären. Auch die ca. 40 Beamte und Angestellten, die in den verschiedenen Amtsstuben der

Große Nachlaßversteigerung.

Im freiwilligen Auftrage der Herren Testamentsvollstrecker und Anderer verkaufen wir am

Donnerstag und Freitag, dem 1. und 2. August d. J., in Lüneburg, Gr. Bäckerstr. 23 I. (Geschäftshaus Brammer)

aus nichtarischem Nachlaß und wegen Haushaltsverkleinerung folgende Gegenstände:

Der Verkauf erfolgt öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Die Sachen sind gebraucht, aber sehr gut erhalten. Besichtigung 2 Stunden vor Beginn.

Hermann Höbermann
Versteigerer,
Lüneburg, Wallstraße 13.
Fernruf 3201 und 3824.

Erich Weber
vereid. u. öffentl. bestellter Versteigerer,
Lüneburg, Gr. Bäckerstr. 26
Fernruf 4529.

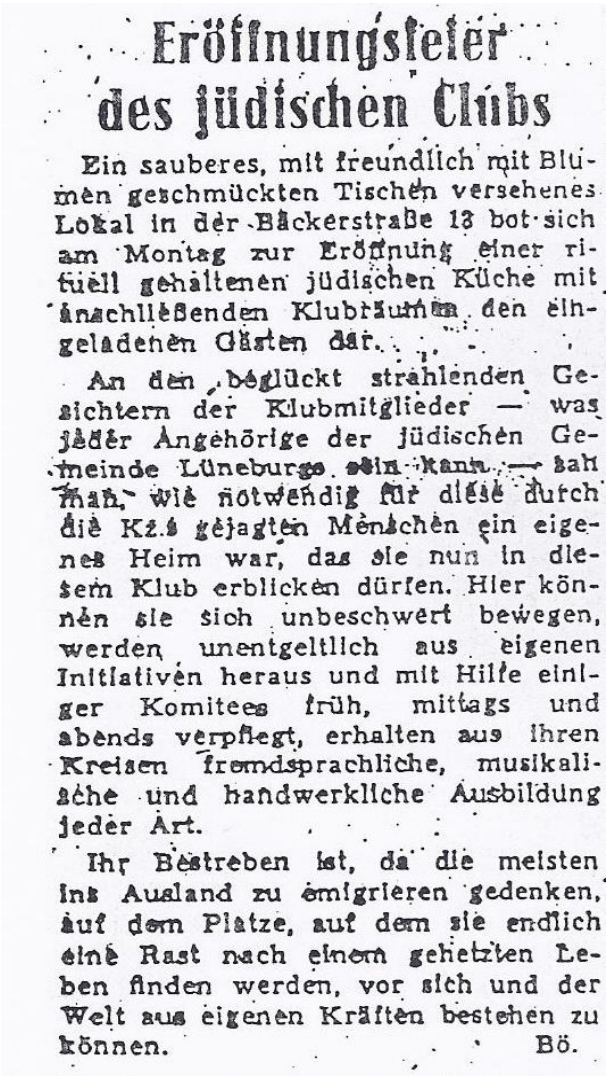
Stadtverwaltung, der Bezirksregierung und der IHK mit dem Raub des jüdischen Vermögens vormals beruflich beschäftigt waren, meldeten sich nicht zu Wort, ebenso wenig wie die privaten Unternehmen, die Rechtsanwälte, Notare und Makler. Alle Akten, die auch hier für diese Aufzeichnung verwenden wurden, waren in den städtischen Behörden, beim Finanzamt, der IHK und bei der Bezirksregierung vorhanden und hätten der jüdischen Gemeinde umstandslos vorgelegt werden können, denn in Lüneburg gab es keine Bombenschäden bei diesen Ämtern und Einrichtungen wie an anderen Orten, die ein Auffinden dieser Akten hätten erschweren können.
Auch die Bau- und Abbruchfirmen Toltzin (bald darauf: Hindenburgstraße 49) und Baden (unter alter Adresse), die die Synagoge dem Erdboden gleichgemacht hatten, waren anscheinend nicht zur Kooperation bereit. Ebenso wenig wie sich die Lüneburger Versteigerungsprofiteure anschickten, das unter Zwangsmaßnahmen ersteigerte Eigentum an die jüdische Gemeinde zurück zu geben. Wahrscheinlich liegt in der Tatsache, dass Lüneburger Familien (vornehmlich der bürgerlichen Schichten) und Einrichtungen in einem unglaublich umfassenden Maße vom jüdischen Eigentum profitiert hatten, die Begründung dafür, dass in den End-40er-Jahren der jüdischen Gemeinde keine Hilfe angeboten wurde. Dieser „Makel“ sollte anscheinend nicht an die Öffentlichkeit gelangen: Alleine bei der Nachlassversteigerung der Familie Heinemann Anfang August 1940 in der Großen Bäckerstraße 23 durch die Versteigerer H. Höbermann und E. Weber z. B. erwarben knapp 200 Lüneburger Familien, Firmen und Einrichtungen z. T. gleich mehrere wertvolle Gegenstände.

Diese Aneignung jüdischen Eigentums zum Schnäppchenpreis fand im öffentlichen Raum statt und war damit fast jedermann bekannt – und in Erinnerung. Die Versteigerung von „nichtarischem Nachlaß“ wurde u. a. in den Lüneburgschen Anzeigen und dem Lüneburger Tageblatt per mehrfacher Inserate angekündigt. Außerdem sandte die Versteigerungsfirma Weber gezielt weitere Einladungen an einen interessierten Kreis von 50 Personen. Dieser Umstand war sicher ein entscheidender Grund, der zum Schweigen der Akteure und zur Abwehr einer möglichen Empathie der neuen jüdischen Gemeinde gegenüber führte. „Ihr“ Mahagoni-Kleiderschrank erinnerte die Familie von Spörcken an ihre Taten; ein gemütlicher Sessel, ein Schaukelstuhl sowie ein Mahagonischrank und ein weiterer Kleiderschrank lieferte den von Medings einen Grund zur Zurückhaltung und Abwehr; ebenso das ersteigerte Teeservice bei der Familie toSeeth; das Mahagonibüffet und der Mahagonispieltisch bei der Familie Feldmann; die Blumenkrippe bei der Firma Rauno; das japanische Bord bei der Familie von Bülow; die Anrichte und der Küchentisch bei den Fuhrhops; der Messingtisch bei der Fam. Dr. Breitenbach; die Leuchter bei der Familie Laer; der Fischbrattopf bei Dr. Brune; u. a.

das Zierbord bei der Familie Mundt; das schöne Wandbild bei Dr. Krause; der Tisch bei der Familie Herbst. Auch zahlreiche Bücher aus jüdischem Besitz, die gleich als ganze Posten ersteigert wurden (unter ihnen eine 8-bändige Shakespeare-Ausgabe) und vielleicht noch eine Kennzeichnung des ehemaligen Besitzers Heinemann trugen, befanden sich in den Privatbibliotheken namhafter Lüneburger wie Prof. Reinecke, Dr. Breitenbach, Dr. Groothoff und Dr. Brune und der Familie Pols. Das Stadtarchiv war im Übrigen mit dem größten Posten wertvoller Literatur aus diesem Nachlass ausgestattet. (58)

Nicht alle Lüneburger Familien und Firmen deckten sich so umfassend aus diesem Nachlass ein wie die Schröders, die alleine 21 Posten äußerst preiswert erwarben (Teppiche, eine Stuhlgarnitur, ein 12-teiliges japanisches Tassen- und Essservice und weitere wertvolle Wohnungsgegenstände (59)), aber alle Käufer wussten natürlich, spätestens jetzt ab 1945, dass ihr Ersteigerungskauf und neuer Besitz auf der Notlage der Familie Heinemann gegründet war und praktisch deren Enteignung darstellte. Ob jemals einige Lüneburger Familien (und Einrichtungen wie das Stadtarchiv und das Museum) ihre ersteigerten Gegenstände an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben haben, ist nicht bekannt. Vom Museum wurde 2012 berichtet, dass eine intensive Nachforschung noch bevorstehe, aber bereits fünf kostbare Kulturgüter aus der Heinemann-Enteignung dort entdeckt wurden. Auffällig ist in der öffentlichen Wahrnehmung über die Presse eine völlige Veränderung der Empathiebemühungen seitens der Lüneburger Bevölkerung gegenüber der neuen jüdischen Gemeinde in der Zeit nach 1945: Einige Zeit nach der Ankunft der jüdischen Bergen-Belsen-Häftlinge und ihrem ersten Einleben am Ort (mit der Einrichtung ihres Clubs bei Rauno in der Bäckerstraße) berichtete die damalige Ortszeitung, die Lüneburger Post, sehr ausführlich und empathisch über dieses Ereignis in gleich mehreren Artikeln (60). Im Laufe der Zeit erlahmte das Interesse an den „Juden unter uns“ allerdings sehr schnell. Für die Zeit nach dem Neuerscheinen der LA unter fast alter Herausgeberschaft und Redaktionsmannschaft, nun unter dem Titel „Lüneburger Landeszeitung“ ab dem 15. Januar 1946, konnte keine Reportage und kein Bericht mehr über die immerhin ca. 600 Personen starke Lüneburger Bevölkerungsgruppe gefunden werden.

Von den 1945 noch vom Oberbürgermeister Bockelmann gegenüber den jüdischen Mitbürgern dargebrachten guten Wünschen blieb wenige Jahre später nicht viel übrig als es darum ging, Verantwortung zu übernehmen. Die Stadtverwaltung zeigte sich nun gegenüber der jüdischen Gemeinde unnachgiebig.



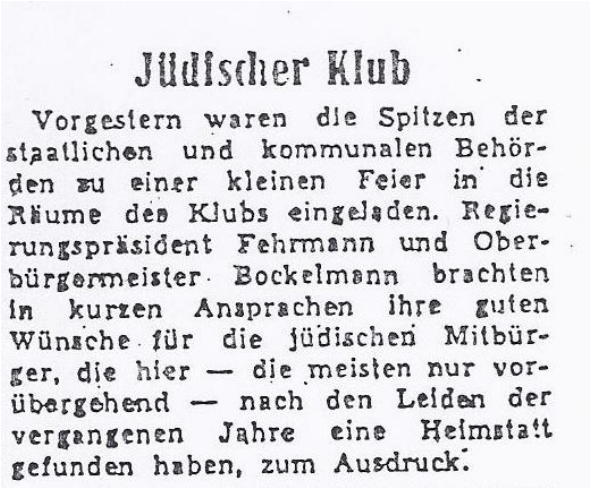
Eröffnungsfeier des jüdischen Clubs

Ein sauberes, mit freundlich mit Blumen geschmückten Tischen versehenes Lokal in der Bäckerstraße 13 bot sich am Montag zur Eröffnung einer rituell gehaltenen jüdischen Küche mit anschließenden Klubräumen den eingeladenen Gästen dar.

An den beglückt strahlenden Gesichtern der Klubmitglieder — was jeder Angehörige der jüdischen Gemeinde Lüneburgs sein kann — sah man, wie notwendig für diese durch die KZ.s gejagten Menschen ein eigenes Heim war, das sie nun in diesem Klub erblicken dürfen. Hier können sie sich unbeschwert bewegen, werden unentgeltlich aus eigenen Initiativen heraus und mit Hilfe einiger Komitees früh, mittags und abends verpflegt, erhalten aus ihren Kreisen fremdsprachliche, musikalische und handwerkliche Ausbildung jeder Art.

Ihr Bestreben ist, da die meisten ins Ausland zu emigrieren gedenken, auf dem Platze, auf dem sie endlich eine Rast nach einem gehetzten Leben finden werden, vor sich und der Welt aus eigenen Kräften bestehen zu können. Bö.

Lüneburger Post v. 16.11.1945



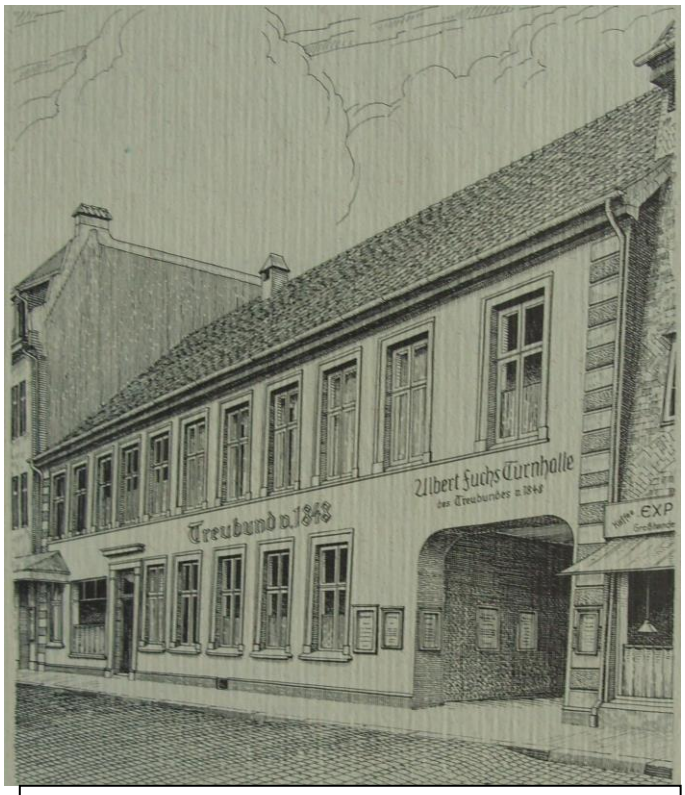
Jüdischer Klub

Vorgestern waren die Spitzen der staatlichen und kommunalen Behörden zu einer kleinen Feier in die Räume des Klubs eingeladen. Regierungspräsident Fehrmann und Oberbürgermeister Bockelmann brachten in kurzen Ansprachen ihre guten Wünsche für die jüdischen Mitbürger, die hier — die meisten nur vorübergehend — nach den Leiden der vergangenen Jahre eine Heimstatt gefunden haben, zum Ausdruck.

Lüneburger Post v. 20.11.1945

Zwar war für die Unterbringung, Bekleidung und Lebensmittelversorgung der Mitglieder dieser jüdischen Gemeinde die Stadt Lüneburg verpflichtet, aber dennoch mussten sie für ihre Unterkunft in den Räumlichkeiten des Turnvereins „Treubund von 1848“ in der Neuen Sülze 9 eine Miete bezahlen. (61)

„Am 16. Dezember 1949 wies die jüdische Gemeinde für Stadt- und Landkreis Lüneburg, vertreten durch ihren Vorsteher R. Lilienfeld, darauf hin, dass sie die Miete für Räume des Treubundes derzeit nicht bezahlen könne, weil die ihr zustehenden Ansprüche für die Vernichtung der Synagoge bislang nicht erfüllt worden seien. Bereits am 22. Dezember 1949 bestritt das Hauptamt der Stadt Wiedergutmachungsansprüche der jüdischen Gemeinde an die Stadt Lüneburg und Stadtsyndikus Segelcke teilte ihr am 14. Januar 1950 mit, dass die Zerstörung der Synagoge allein auf Stellen der früheren NSDAP zurückzuführen gewesen sei … Den Verkauf des Grundstücks lässt er unerwähnt.“ (62) Diese Zurückweisung von Ansprüchen an die Stadt Lüneburg geschah zu einem Zeitpunkt, nachdem die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an die Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen in der britischen Zone bereits ab 12. Mai 1949 Rechtskraft erlangt hatte und im selben Jahr die „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ als deutsches Gesetz (Entschädigungsgesetz) galt.(63)



Unterkunft der jüdischen Gemeindemitglieder in den Räumen des „Treubund“ in der Neuen Sülze

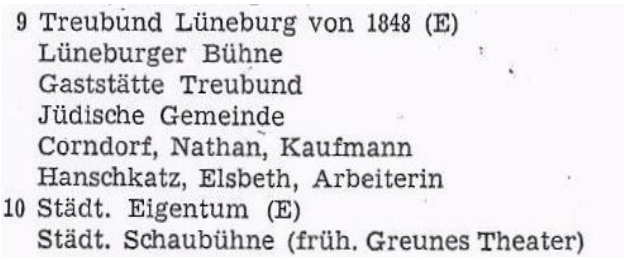
Einwohnerbuch

für den

Stadt- und Landkreis Lüneburg

1949/50

Bewohnerverzeichnis „Neue Sülze“:

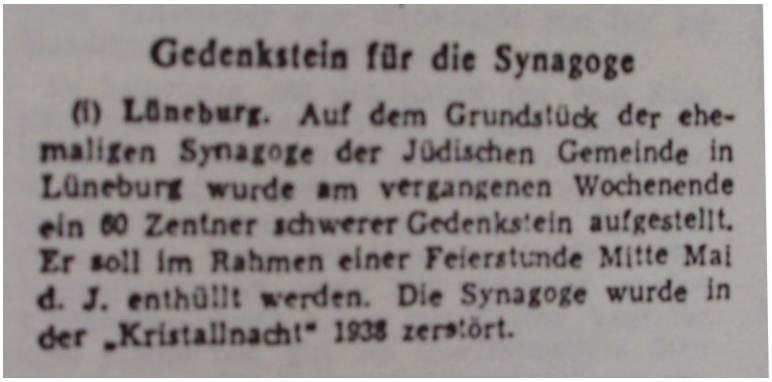


9 Treubund Lüneburg von 1848 (E)
Lüneburger Bühne
Gaststätte Treubund
Jüdische Gemeinde
Corndorf, Nathan, Kaufmann
Hanschkatz, Elsbeth, Arbeiterin
10 Städt. Eigentum (E)
Städt. Schaubühne (früh. Greunes Theater)

Im Jahre 1950 wurde es der Lüneburger jüdischen Gemeinde immerhin möglich, auf dem Gelände der früheren Synagoge einen Gedenkstein zu errichten (64), jenen Stein, der einige Jahre später versetzt wurde, um für Baumaßnahmen Platz zu schaffen und der heute zwischen den Gebäuden von Am Schifferwall 4 und der Hausnummer 5 steht. Leider ist nicht überliefert, wer diesen Gedenkstein (erstellt von Steinmetzmeister Dörries) finanzierte und auch nicht, welche Begrünung, Sträucher etc. für diese erste Anlage gewählt wurden.(65)

Ebenfalls unbekannt blieb bei den Lüneburgern/-innen die Einweihungsfeier selbst: Die LZ vermochte lediglich in einem kurzen Hinweis auf die Aufstellung eines Gedenkstein auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge hinzuweisen und auf eine für den Mai d. J. geplante Feierstunde. Über diese Feierstunde selber jedoch berichtete diese Zeitung nicht. Ebenso wenig wie über die Umsetzung dieses Gedenksteins im Zuge der Bebauung des Grundstücks sechs Jahre später.

LZ v. 24.4.1950:



Gedenkstein für die Synagoge

(l) **Lüneburg.** Auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Lüneburg wurde am vergangenen Wochenende ein 60 Zentner schwerer Gedenkstein aufgestellt. Er soll im Rahmen einer Feierstunde Mitte Mai d. J. enthüllt werden. Die Synagoge wurde in der „Kristallnacht" 1938 zerstört.

Exkurs:
Die zweite Schuld: Lüneburgs Gedenkkultur, die neue deutsche Opferrolle und der große Frieden mit den Tätern

I.

Im Zuge der Aneignung einer neuen Sichtweise auf die zurückliegenden Jahre nicht mehr als Täter, sondern als „Kriegsopfer“ vornehmlich „des Russen“ und mit dem großen Frieden mit den Tätern wurde ein Gedenken an die ermordeten Lüneburger Juden, für welches symbolhaft der Gedenkstein an der früheren Synagoge steht, obsolet.

Andere Gedenksteine wurden in der Stadt gesetzt und brachten ihr Selbstverständnis zum Ausdruck, dienten zur Identitätsbildung des bürgerlichen Lüneburgs: ein Gedenkstein „Den Toten der großen Vertreibung 1945 – 1950“, eingeweiht 1952 vor der Ostdeutschen Akademie des „NS-Volkstumstheoretikers“ Max Hildebert Boehm in der Herderstraße; ein Kriegsgefangenen-Denkmal für deutsche Soldaten, welches im Jahre 1953 an einem deutlich sichtbaren und verkehrsreichen Ort des Stadtgebietes errichtet wurde (Am Stern, heute Straßenkreuzung Lindenstraße/Uelzener Straße); ein Gedenkstein am Bahnhofsvorplatz, „zu Ehren der Gefallenen“ der Lüneburger Eisenbahner; ein Denkmal „für die Gefallenen Landwirte beider Kriege“ der Landwirtschaftsschule, der im November 1954 eingeweiht wurde; ebenfalls im gleichen Monat ein „Ehrenmal für die gefallenen Forstbeamten“ im Lüner Holz, eingeweiht mit einem Feldgottesdienst; ein Obelisk für die Soldaten des Hitlerschen Kampfgeschwaders 26, eingeweiht im Jahre 1956 an der Lindenstraße; ein bronzenes Reiterstandbild, welches in seiner lupenrein faschistischen Ästhetik im Herbst des Jahres von der Schlieffenkaserne in den öffentlichen Raum der Parkanlage „Bastion“ versetzt und zum Ehrenmal für das Kavallerie-Regiment 13 erhoben wurde (heute „schmückt“ es das Gelände um die Firma VGH); eine Stele zum Andenken an die 1943 „im Bombenterror“ Verletzten und Toten von Hamburg, gesetzt im Jahre 1957; ein Ehrenmal des Infanterie-Regiments 47 im Kurpark, welches im August 1959 eingeweiht wurde; ein Ehrenmal der 110. Infanterie-Division, eingeweiht im Oktober 1960 Am Springintgut/Aufgang Graalwall; ein Gedenkstein für „Die Kriegstoten 1939 – 1945“, eingeweiht im Jahre 1961 auf dem Michaelisfriedhof; ein Mahnmal im Innenhof der Kreisverwaltung, welches den „Eisernen Vorhang“ aufzuheben fordert und die Eingliederung Königsbergs in das Staatsgebiet der Bundesrepublik, errichtet im Jahre 1962; ein Niedersachsen-Ross ohne erkennbare künstlerische Qualität, dafür aber aus dem Besitz des NSDAP-Gauleiters Otto Telschow und somit mit besonderer politischen Grundierung, welches im Jahre 1970 vor das Museum an der Wandrahmstraße gesetzt wurde. (66)

Diese und weitere öffentliche Symbole und spezifischen Erinnerungsorte wurden zu bestimmten Anlässen und Gedenkfeierlichkeiten von den Honoratioren der Stadt aufgesucht, in ihrem Gefolge Interessensgruppen mit ihren eindeutigen politischen Absichten. Sie bestimmten maßgeblich die Erinnerung. Für eine Betrauerung der Lüneburger Juden war offiziell zu dieser Zeit, als sich die Deutschen aus der Täterrolle lösten und sich als „Opfer des Kriegs“ definierten, kein Platz. Weder am Ort des jüdischen Friedhofs (67), noch am Ort ihrer früheren Kirche am Schifferwall, am Gedenkstein.

Auch das Gedenken am Friedhof der KZ-Häftlinge im Tiergarten, der in den ersten Nachkriegsjahren noch als Lüneburgs gemeinsamer und zentraler Erinnerungsort auch von der neu gegründeten jüdischen Gemeinde angesehen wurde (s. S. 25) und zu dessen Gedenkfeierlichkeiten zunächst auch die Stadtverwaltung aufrief („ … für die Opfer des Faschismus“ (68)), wurde im Zuge des Paradigmenwechsels, organisatorisch angeleitet (und finanziell unterstützt durch die Stadtverwaltung) vom Lüneburger „Volksbund deutsche

Kriegsgräberfürsorge“ schon Anfang der 1950-er Jahre aufgegeben zugunsten von Gedenkveranstaltungen, vorwiegend am Volkstrauertag begangen, für die „gefallenen deutschen Soldaten“. Bereits im Dezember 1951 wurde sogar eine Gedenkveranstaltung am Tiergarten, an der auch die jüdische Gemeinde Lüneburgs teilnahm, mit Polizeigewalt verhindert. Die LZ berichtete am 17.12.1951: „Ein starkes Polizeiaufgebot hinderte am Sonntagvormittag gegen 11.15 Uhr rund 60 Personen … an der Abhaltung einer …Gedenkfeier am neuen Ehrenmal im Tiergarten für die … KZ-Häftlinge …Bereits gegen 10 Uhr versuchten etwa 50 Personen sich Am Sande zu einer Marschkolonne zu formieren, um in einem Schweigemarsch das Ehrenmal zu erreichen. Auch hier schritt die Polizei ein und löste die Gruppe auf.“

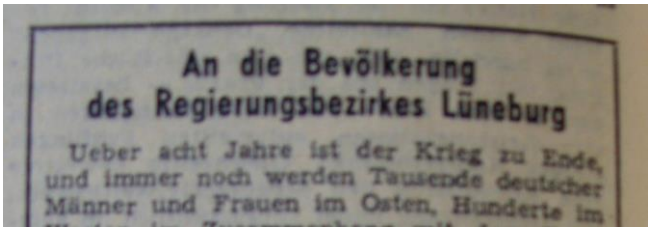
II.

Als der Synagogen-Gedenkstein 1953 noch an seinem authentischen Ort stand, unbeachtet wie wenige Jahre zuvor die ca. 600-köpfige jüdische Gemeinde, beging Lüneburg im Oktober eine „Kriegsgefangenen-Gedenkwoche 1953“.

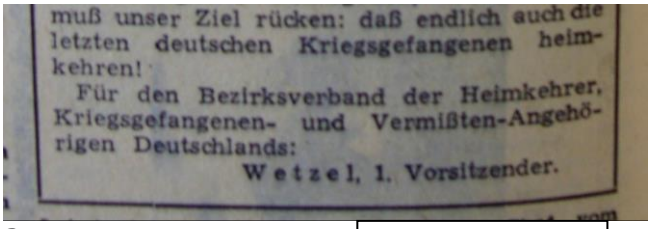
Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 22 ehemalige Wehrmachtssoldaten aus dem Stadt- und Landkreis in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. (69) Ihre Aufgabe dort war es, das von ihnen verwüstete Land wieder aufzubauen. Zwei Jahre später wurden die meisten entlassen, der letzte aus dieser 22-Personen-Gruppe Anfang 1956. (70) Der Überfall dieser Lüneburger und hunderttausender weiterer Soldaten der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion führte dazu, dass dieses Land 1945 etwa 26 Millionen Kriegstote zu beklagen hatte.

Aber nicht dieser durch deutsche Hand Ermordeten sollte gedacht werden, nicht der verfolgten und ermordeten Juden, anderer Verfolgtengruppen oder gar der Nazi-Widerständler.

Täglich berichtete die Landeszeitung über diese Gedenkwoche, deren zentrale Veranstaltungen die Errichtung eines imposanten Gedenksteins und ein Marsch mit Kundgebung werden sollte:
Dass zwei ehemalige Kriegsgefangene an dem genannten Gedenkstein aus Sandstein meißeln, erfuhren die LZ-Leser am 16. Oktober, ebenfalls die Sinnhaftigkeit des Reliefs: „Der Entwurf zeigt einen Kriegsgefangenen hinter Stacheldraht …, dessen abgezehrtes Antlitz unter der Feldmütze wie zerrissen von übergroßer Not des Schicksals – symbolisiert durch Drahtdornen an der Stelle der dadurch leidvoll-blicklos wirkenden Augen – als eine einzige Anklage an das Weltgewissen wirkt. Dort, wo das Schulterstück des Soldaten saß, ehe er in Gefangenschaft geriet, liegt die Hand auf dem Draht. Gleichsam, als habe der Künstler ausdrücken wollen, daß nur durch sie, mit der das tägliche Stückchen… Brot erworben wurde, das schmale Flämmchen des Lebenswillens nicht ganz erlosch in den harten Jahren. Die linke, die Herzseite des Gesichtes, ist überschattet, namenlose Verzweiflung wohnt dort. Aufgehellter ist die rechte, die Wetterseite des Kopfes. In seelischer Zucht hart erkämpfte Kraft zur Daseinsbehauptung spiegelt sich darin... Das Mahnmal wird Tag für Tag an die Menschen den Ruf herantragen: „Gebt uns frei!““
Drei Tage später lieferte die LZ ihren Lesern/-innen einen großformatigen Aufruf des ehemaligen NSDAP-Oberbürgermeisters Wetzel zur Teilnahme an der Gedenkwoche „zur Befreiung der Zwangsverschleppten“. Keine acht Jahre nach der Befreiung von ihm und Seinesgleichen fungierte dieser Nazi der obersten Garde der Stadt bereits wieder


An die Bevölkerung
des Regierungsbezirkes Lüneburg

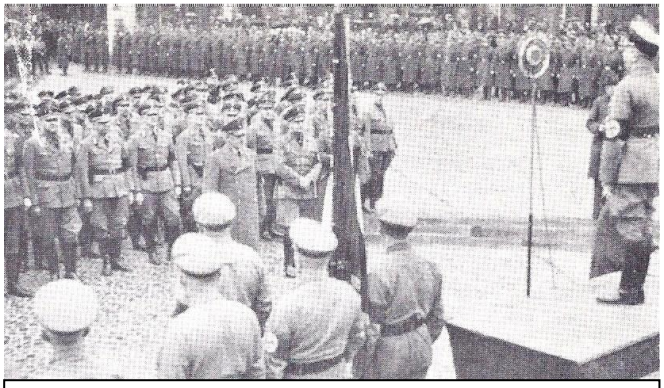
Ueber acht Jahre ist der Krieg zu Ende, und immer noch werden Tausende deutscher Männer und Frauen im Osten, Hunderte im


muß unser Ziel rücken: daß endlich auch die letzten deutschen Kriegsgefangenen heimkehren!

Für den Bezirksverband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißten-Angehörigen Deutschlands:

Wetzel, 1. Vorsitzender.

LZ v. 19.10.1953



Wetzel (r.) begrüßt seinen Gauleiter Telschow 1937

als geachtetes Mitglied der Lüneburger bürgerlichen Elite (FDP-Fraktionschef im Lüneburger Rat wurde er kurze Zeit später(70/1)), nämlich als 1. Vorsitzender des Bezirksverbandes der „Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißten-Angehörigen Deutschlands“.

Am 20. Oktober berichtete die LZ unter der Überschrift „Gebt die Gefangenen frei!“ von der Eröffnungs-veranstaltung des Wetzelschen Heimkehrerverbandes in der Aula des Johanneums, wofür er 150.- DM von der Stadt Unterstützung beantragte, die der Verwaltungsausschuss am 12.10.1953 bewilligte.
Die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen wurde angemahnt als „Gebot wahrer abendländisch-christlicher Gesinnung“ umrahmt von zahlreichen Reden, Gedichten und einem Theaterstück.

Tags darauf informierte die LZ ihre Leser/-innen/schaft über ein neues Bauwerk unter der Überschrift: „Sowjetischer Wachtturm Am Sande mahnt das Weltgewissen.“: „Nur der „Iwan“ mit dem MG fehlt oben drauf. Aber auch so konnte nichts die Situation der deutschen Kriegsgefangenen in den Lagern Rußlands besser verdeutlichen, als … der hölzerne Wachturm – jeder kennt ihn und das Scheinwerferlicht, das nachts davon ausging – den kräftige Zimmermannsfäuste Am Sande errichtet haben. Es ist ein bedeutsames Mahnmal … und erinnert jeden … daran, daß noch Tausende von deutschen Brüdern in Gefangenschaft gehalten werden … Ungefähr acht Meter reckt sich der Turm … empor … (welcher) das Übermaß des Leidens in den Gefangenenlagern – auch von den sowjetischen Konzentrationslagern in der Ostzone her sind sie bekannt – eindeutig versinnbildlicht.“ Ein Aufruf zur Teilnahme an den geplanten fünf Fackelzügen zum Markt am Samstag drauf und zur „Kerzen-Illuminierung in den Fenstern“ beendet diesen LZ-Artikel auf Seite 3.
Auf Seite 4 informierte die Zeitung an diesem Tag unter der Rubrik „LZ-Heide-Telegramm“ kurz und knapp darüber was mit jenen Menschen geschah, die sich dem nationalistischen Taumel entgegen stellten: „VVN-Leiter festgenommen. In einer geheimen Versammlung in Uelzen wollten VVN-Mitglieder eine neue Vereinsgruppe gründen und einen Vorstand wählen. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Drei Funktionäre der verbotenen VVN, darunter der ehemalige Leiter der VVN in Uelzen, August Rath, wurde festgenommen.“

Wachtturm „des Iwan“ Am Sande

Es folgten an den kommenden Tagen in der Zeitung weitere Aufrufe diverser Vertriebenenverbände, ehemaliger Kavallerie-Regimenter und schließlich, am 23. Oktober, eine Schilderung der Einweihung des o. g. Gedenksteins, bei der „die Gedanken (der Anwesenden) besonders die Gefangenenlager suchten, die bald unter der Schneedecke … im weiten Rußland liegen werden."

Am selben Tag empfing der damalige Oberbürgermeister Gravenhorst eine Abordnung des Heimkehrerverbandes im Rathaus, unter ihnen wieder den alten NSDAP-Oberbürgermeister Wetzel in seiner Funktion als Heimkehrer, dem gesondert gedankt wurde. In einem „Aufruf an die Bevölkerung" gab die LZ die geplante Aufstellung der fünf Marschsäulen für den nächsten Tag bekannt, die jeweilige Marschroute sowie die Teilnehmergruppen vom MTV bis zur Marine-Kameradschaft.

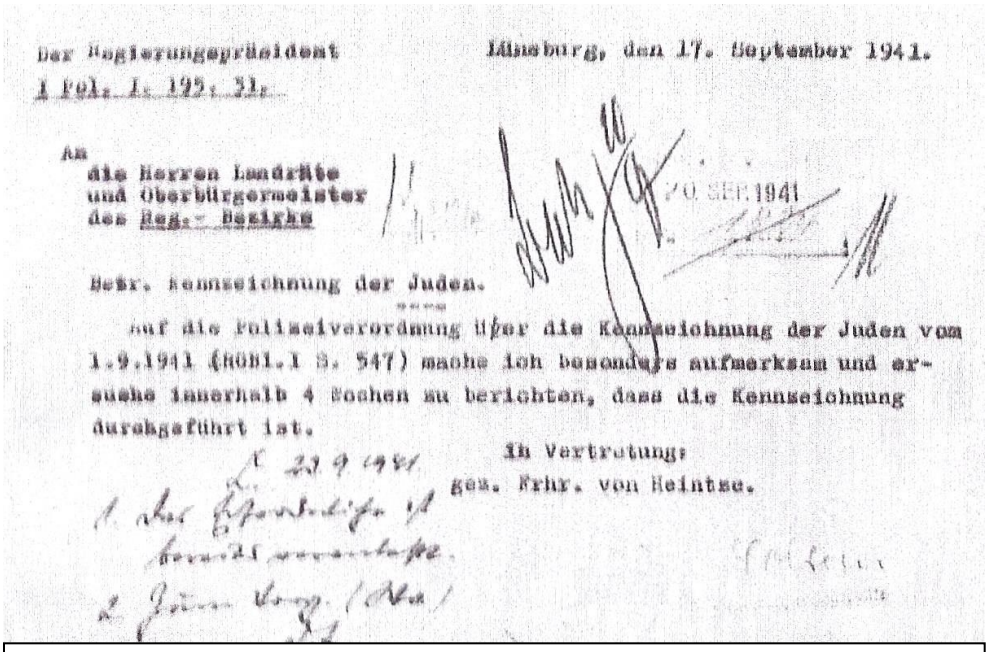
Als „Tag der Treue" wurde nun tags darauf jener Tag benannt, als zum Abschluss der Gedenkwoche 7.000 Lüneburger/-innen auf den Beinen waren, um nach dem Sternmarsch die Abschlusskundgebung auf dem Markt mit einem „Heimatgebet" zu eröffnen. Es war erst acht Jahre her, dass mit dem Wahlspruch der SS „Meine Ehre heißt Treue" diese Mordbrenner die Nachbarstaaten überfielen, als sich das offizielle Lüneburg wiederum unter einem „Treue"-Motto zusammen fand.

Die LZ berichtete am 26.10.: „Wie ein stilles, aber tausendfältiges Beten der Heimat, so glomm der Schein vieler tausend Kerzen hinter den Fenstern, und wie ein forderndes Rufen nach den Brüdern und Schwestern in der Gefangenschaft , so loderten die Fackeln … Dieser einmütige Protest war … das Bekenntnis dafür, daß sie von der Heimat nicht vergessen sind, daß das ganze deutsche Volk an diesem Tage … wie ein einziges lebendiges Mahnmal geschlossen dastehe." Der Redner Dr. Hoffmann, (Präsident des Oberverwaltungsgerichts) berief sich in seiner Ansprache auf das Menschen- und Gottesrecht („Ein Verstoß gegen jedes menschliche und göttliche Recht") und das Grundgesetz („Die Würde des Menschen ist unantastbar"). Der Chor von „Augustus" und „Orpheus" sang „Dir, mein Vaterland!". Heimkehrer-Funktionär Schwiebert, der „im feldgrauen Mantel vor das Mikrophon trat", forderte die Aufhebung „der Leiden der Kriegsgefangenen" und zugleich die Freilassung von angeklagten deutschen Kriegsverbrechern sowie die Aufhebung der Spruchgerichtsverfahren gegen NS-belastete Spätheimkehrer.

III.

Etwa zeitgleich mit dem beschriebenen „Manifest der deutschen Opfer", am 6.11.1953, gab die LZ bekannt, dass von nun an alle NS-Beamte bei Neubewerbungen für den öffentlichen Dienst den „Nichtbelasteten" gleichgestellt seien und somit nicht mehr aus politischen Gründen wegen ihrer Nazi-Vergangenheit benachteiligt werden. Der große Frieden mit den Tätern wurde auch im Beamtenapparat durchgesetzt und darüber hinaus die Judenverfolger wieder in Lüneburgs bürgerliches Leben aufgenommen, wie das hier genannte Beispiel vom selben Tage zeigt:

An diesem Tage nämlich beglückwünschte die LZ in einem längeren Personenporträt unter der Überschrift „Man spricht von ihm: Freunde überall" den Regierungsdirektor a. D. Freiherr von Heintze (ehemaliger Präsident der Bezirksregierung Lüneburg) zum 79. Geburtstag. Von Heintze sei, so erklärte die Zeitung, zum 1.9.1933 nach Lüneburg versetzt worden, „… lebte sich schnell ein und gewann Kontakt mit den Bürgern der Stadt, die in ihm einen liebenswürdigen und entgegen-kommenden Beamten zu schätzen wußten." Zwar sei er 1945 von der englischen Besatzungsmacht seines Amtes enthoben worden („als die Labor-Regierung an die Macht kam") und musste bei Verwandten außerhalb Lüneburgs leben, aber „Regierungspräsident Dr. Koch holte den Vertriebenen vor zwei Jahren wieder nach Lüneburg."



Der Regierungspräsident Lüneburg, den 17. September 1941.
I Pol. I. 195. 31.

An
die Herren Landräte
und Oberbürgermeister
des Reg.-Bezirks

20. SEP. 1941

Betr. Kennzeichnung der Juden.

Auf die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I S. 547) mache ich besonders aufmerksam und ersuche innerhalb 4 Wochen zu berichten, dass die Kennzeichnung durchgeführt ist.

In Vertretung:
gez. Frhr. von Heintze.

Aus dem Judenverfolger wird der geachtete Bürger der Stadt: Freih. v. Heintze

Rückgabeverhandlungen durch JTC

Erst als sich die Jewish Trust Corporation (JTC) einschaltete, eine Treuhänderorganisation, die insbesondere erbenloses jüdisches Vermögen erfasste und sicherte, reagierte die Lüneburger Stadtverwaltung auf Entschädigungsansprüche – um diese abzuwehren:
Die JTC for Germany, Regional Office Hamburg, beantragte für die Synagogen-Gemeinde Lüneburg am 26. Juli 1951 bei der Stadt Lüneburg die Rückerstattung zunächst jenes Teils des Grundstücks, welches sich im Besitz der Stadt befand (Kauf von der IHK wegen erneuerter und erweiterter Straßenführung 1941), jedoch vergeblich: „Am 8. Juli 1952 erhob der Rat der Stadt Lüneburg Einspruch gegen den Rückerstattungsantrag, da das Grundstück einem öffentlichen und als gesetzmäßig anerkannten Zweck diene.“(71) Erst ein Jahr später erkannte die Stadt den Rechtsanspruch an und übergab dem JTC dieses Teilgrundstück. Die IHK erhielt „als Ausgleich“ aus unerfindlichen Gründen die Summe von 330,00 DM ausgezahlt, obwohl es dafür keinen Rechtsanspruch gab.

Auch der Rückkauf dieses Teilgrundstücks durch die Stadt gestaltete sich schwierig. Erst bei einer Güteverhandlung im September 1953 erklärte sich die Stadt bereit, dafür einen Preis von 13.- DM pro Quadratmeter zu zahlen, was ein Schnäppchen war, „ … da die m^2-Preise damals am Schifferwall bei 20 DM lagen.“ (72)

Obwohl das ehemalige Synagogen-Grundstück bereits am 15. Mai 1950 auf die Liste des gesperrten Vermögens gesetzt wurde und somit die IHK keinerlei Ansprüche dafür mehr geltend machen konnte, übergab sie diese Liegenschaft erst drei Jahre später dem JTC, gezwungen durch einen Vergleich vor der Wiedergutmachungskammer des Hannoveraner Landgerichts.(73)

Die JTC hatte anscheinend gehofft und angenommen, die Stadt würde das ehemalige Synagogen-Grundstück, welches zu diesem Zeitpunkt (1953) als Grünanlage mit dem Gedenkstein hergerichtet war, in ihre Obhut und als Gedenkanlage übernehmen. Auf eine Mitteilung des Grundstücksamtes vom 22.12.1953, „… dass von dem Grundstück Schifferwall 5 zur Straßenregulierung 241 m^2 benötigt würden, während die Restfläche von 983 m^2 für plangemäße andere Verwendung zur Verfügung stünde“, antwortete die ITC, sie strebe einen Verkauf der gesamten Fläche an die Stadt an, „da das Restgrundstück als öffentliche Grünfläche mit dem Mahnmal baulich nicht verwertet werden könne.“ Am 18. Januar 1954 machte der Grundstücksausschuss die Pläne der JTC zunichte und verwies darauf, dass die Stadt die Gedenkanlage

nicht zu übernehmen bereit sei. Das jüdische Mahnmal könne versetzt und das restliche Grundstück an Dritte verkauft und bebaut werden. (74)

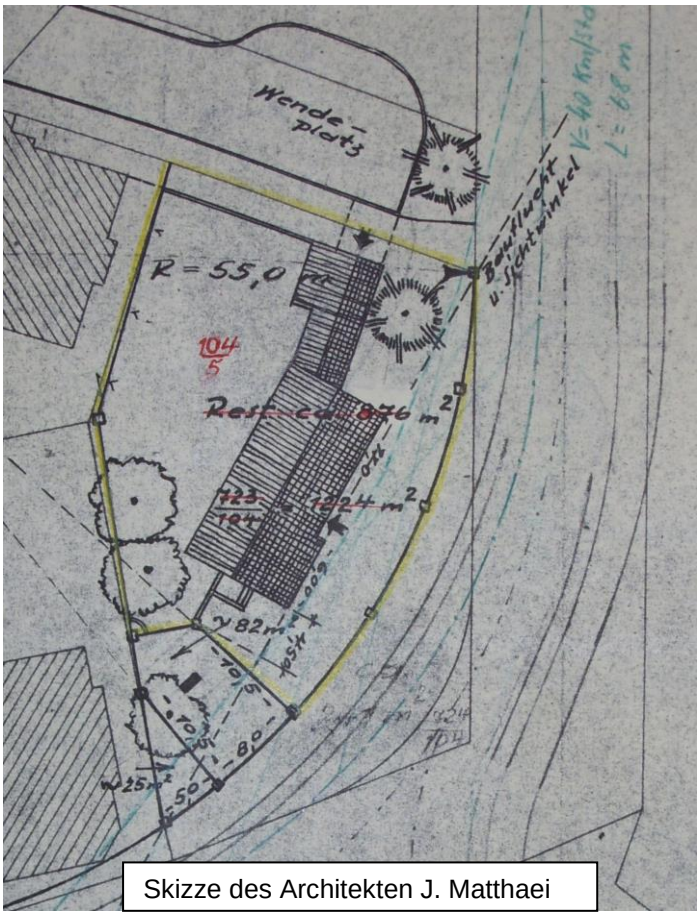
Darauf hin „erklärte die JTC, dass die Abtretung der 241 m^2 nur möglich sei, wenn der endgültige Standort des Mahnmals und seine künftige Pflege auf dem Grundstück geregelt seien, wobei die Stadt die Ausgestaltung und Versetzung des Mahnmals sowie dessen Pflege und die Pflege des Platzes „für alle Zeiten“ zu tragen habe.“ (75) Obwohl über einen Kaufpreis zunächst Einigkeit erzielt wurde, ruderte der Verwaltungsausschuss der Stadt am 18. Oktober 1954 zurück und versuchte ein weiteres Mal, sich jüdisches Eigentum anzueignen. Die Stadt forderte von der JTC, dass sie die geplante Fläche, die für den neuen Standort des Denkmals geplant war, der Stadt kostenlos übereignen, also schenken solle. Schließlich, so dachten wohl die Stadtväter und -mütter, handele es sich bei der Verfolgung und Ermordung der Juden Lüneburgs nicht um ein Lüneburger, sondern um ein jüdisches Problem und Denkmal.
Außerdem, so argumentierte der Verwaltungsausschuss, koste es die Stadt immerhin 532,00 DM für die Umsetzung und Herrichtung des neuen Denkmalplatzes und weitere 60,00 DM für die Unterhaltungskosten jährlich.
Nach Protesten des JTC stimmte schließlich die Stadt zu, einen Preis von 15,00 DM für die Fläche von 339 Quadratmetern (Straßenregulierung und 82 qm Denkmalsanlage) für den gewünschten Erwerb zu zahlen.(76) Als der Kaufvertrag endgültig am 26.5. geschlossen wurde und die Auflassung am 16. Juni 1955 stattfand, hatte die Stadt bereits die Umsetzung des Denkmals vorgenommen. Man hatte es anscheinend sehr eilig, das Kapitel „Synagoge“ kostengünstig abzuschließen.

Kauf des Grundstücks und weitere Verwendung

Die JTC, die durch das städtische Verweigerungsverhalten gezwungen war, ihr Grundstück an einen privaten Investor zu veräußern, fand, nachdem die Stadt Lüneburg nicht bereit oder in der Lage war, einen Käufer zu vermitteln und zu benennen, im Landeskirchenamt Hannover einen potentiellen Käufer für das ehemalige Synagogen-Grundstück. Wie schon im Jahre 1938 beim erpressten Verkauf des Grundstücks an die IHK übernahm wieder die ortsansässige Maklerfirma Erich Weber die Verkaufsverhandlungen, die sich ja damit bestens auskannte. (76) „Der Kaufvertrag zwischen der JTC und dem LKA (Dr. Abraham Landsberg/Dr. Wiese, Oberlandeskirchenrat Dr. Walter Lampe) wurde am 10. November 1954 geschlossen … Im März 1955 wurde die genaue Grundstücksgröße nach Vermessungsverhandlungen mit 879 m^2 festgestellt und Anfang April lag auch die notwendige Wohnsiedlungsgenehmigung vor.“ (77) Die Auflassung erfolgte am 3. Juni 1955.
Bereits zuvor, im April 1955, reichte der im Auftrag der Landeskirche tätige Hamburger Architekt Joachim Matthaei bei der städtischen Bauverwaltung eine Baubeschreibung für den „Neubau eines Wohnhauses mit Amtsräumen für den Herrn Landessuperintendenten in Lüneburg, Schifferwall 5“ ein, einschließlich mehrerer Skizzen: Geplant wurde auf dem ehemaligen Synagogen-Grundstück ein voll unterkellertes, 2-geschossiges Haus mit Gästezimmer im Dachgeschoss und einer Garage als Sonderanbau. Die Gartenfläche sollte zur Kaufhausstraße und zum Schifferwall durch eine Ziegelmauer abgeschirmt werden.
„Ferner sind besonders zu berücksichtigen:

a) Der Gedenkstein der jüdischen Gemeinde für die zerstörte Synagoge.
b) Der schöne Baumbestand auf dem Grundstück, besonders die Eiche auf der Nordwestecke.“(78)

Die Eiche blieb stehen, der jüdische Gedenkstein nicht.
J. Matthaei, Sohn eines Lüneburger Studienrates und Verfasser des kommentierten Bildbandes „Lüneburg“ in der Reihe „Deutsche Lande, Deutsche Kunst“ (München 1950), war 16 Jahre zuvor für die Nazis tätig bei der „Leistungsschau des Gaues“ 1939.



Skizze des Architekten J. Matthaei

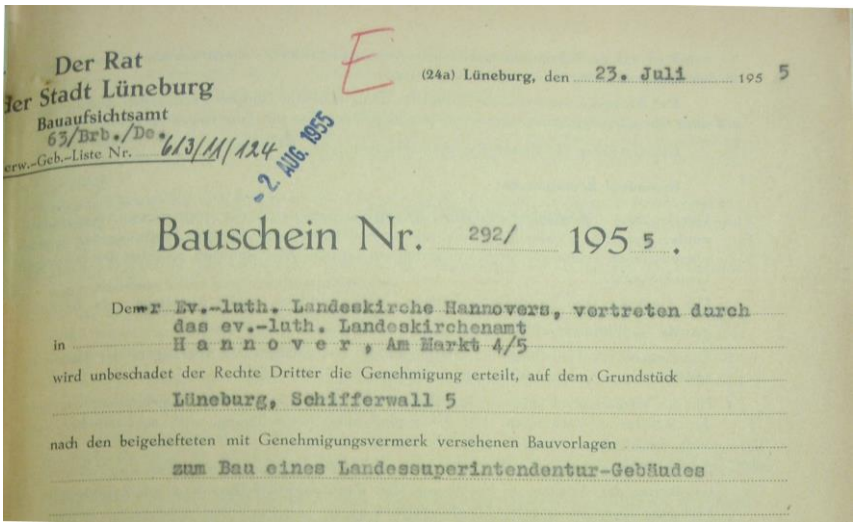
der Rohbau des Gebäudes gefertigt (80), Mitte1956 war es bezugsfertig. Das Unternehmen konnte später unter dem Namen „Garbersbau“ gewaltig expandieren und sein Chef, Hermann Garbers, zum Arbeitgeberpräsidenten aufsteigen. Dem Landessuperintendenten Wilhelm Dornblüth (später für kurze Zeit noch seinem Nachfolger Dieter Andersen) und der Sprengelvikarin Irmgard Kühner diente dieses Gebäude als Büro der Landessuperintendentur des Sprengels Lüneburg und als ihre Wohnung.(81)

Aufnahme von Ende der 50-er Jahre

Am 23.7.1955, wurde vom Bauaufsichtsamt des Rates der Stadt Lüneburg der Bauschein Nr. 292/1955 ausgestellt:
„Der Ev.-luth. Landeskirche Hannover …. wird die Genehmigung erteilt, … zum Bau eines Landessuperintendentur-Gebäudes.“ (79)

Bis Januar 1956 wurde durch das Lüneburger Bauunternehmen H. Garbers

Ende der 60er-Jahre erwarb der Lüneburger Urologe Dr. H. Crone-Münzebrock (Spechtweg 5) Grundstück und Gebäude von der Landes-Superintendantur nach deren Angaben zum Preis von 150.000.- DM (was nach Mitteilung von Frau Superintendentin Schmid dem Preis von Fläche und Gebäude aus dem Jahre 1955 entsprach (82)), ließ das Gebäude umbauen und erweitern und betrieb dort seine Fachpraxis. Nach einem Umbau der früheren Garage des Landes-Superinten-denten zu weiteren Praxisräumlichkeiten befindet sich heute die Facharztpraxis des Dr. Wolfgang Wienecke in diesem Gebäude Schifferwall 5.


Der Rat
der Stadt Lüneburg
Bauaufsichtsamt
63/Brb./De
erw.-Geb.-Liste Nr. 6/3/11/124
E
(24a) Lüneburg, den 23. Juli 1955
- 2. AUG. 1955

Bauschein Nr. 292/ 1955.

Dem Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, vertreten durch das ev.-luth. Landeskirchenamt in Hannover, Am Markt 4/5

wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, auf dem Grundstück Lüneburg, Schifferwall 5

nach den beigehefteten mit Genehmigungsvermerk versehenen Bauvorlagen zum Bau eines Landessuperintendentur-Gebäudes

Entwicklung nach 1956

In den Jahren nach der Umsetzung des Steins fand diese kleine Gedenkanlage keine Aufmerksamkeit im öffentlichen Leben der Stadt und sie machte im Laufe der Zeit zunehmend einen traurigen Eindruck. Als sie immer unansehnlicher und die Inschrift kaum mehr lesbar wurde, wurde dieser Zustand zwar häufig beklagt, doch aus Kostengründen nicht verbessert. Lediglich ein Zurückschnitt des Sträucher- und Buschwerks an der Anlage fand statt. Schließlich bot sich eine Lüneburgerin, Frau Inge Brunkow, an, die Schriftzüge nachzuzeichnen, freiwillig und kostenlos. Nach einigem Hin- und Her und dem Hinweis der Frau Brunkow auf ihren Beruf als Kunstmalerin wurde ihr das schließlich gestattet. In mühsamer, tagelanger Arbeit malte diese sie dann die Schriftzüge der Gedenkstein-Aufschrift nach.

Auch im publizistischen Bereich war in diesem Zeitraum das offizielle Lüneburg nicht bereit, einen Aufklärungsbeitrag über die Geschichte und NS-Verfolgung der Lüneburger Juden zu leisten. Das Bürgertum versagte ein weiteres Mal nach dem Verrat an ihren Standesgenossen ab dem Jahre 1933. Lediglich der Tätigkeit von Studienrat Manfred Göske und (für einen späteren Zeitraum) Pastor Erwin Zabel, die einen Kontakt zu überlebenden Lüneburger Juden unterhielten, war es seinerzeit zu verdanken, dass wenigstens einige wenige Zeitzeugenberichte und kurze Artikel über die örtliche Presse an die Öffentlichkeit gelangen konnten neben den Hinweisen von H. Ahlers und E. Strasser.
Erst mit einer ersten Veröffentlichung von VVN-BdA-Mitarbeitern „Die faschistische Verfolgung der Lüneburger Juden – eine Skizze“ (83) im Jahre 1988, und vor allem mit dem umfassenden Werk von Frau Sybille Bollgöhn von der Geschichtswerkstatt Lüneburg im Jahre 1995 „Jüdische Familien in Lüneburg – Erinnerungen“(84) sollte ein systematischer Überblick über die jüdische Verfolgungsgeschichte vorgelegt werden. Ausgerechnet von einem Verein, der sich Anfang der 80-er Jahre in deutlichem Kontrast zur traditionellen Lokalgeschichtsschreibung gründete und seinerzeit bei den Konservativen des Ortes als „kommunistisch unterwandert“ galt. (85)

Auf welche Schwierigkeiten selbst noch in diesen 80-er Jahren die Recherchen nach der NS-Verfolgung der Lüneburger Juden und die Veröffentlichung der Vorgänge um den erzwungenen Verkauf des Synagogen-Grundstücks stießen, wird an zwei Beispielen deutlich:
Mitte der 80-er Jahre wurde ein Mitglied der örtlichen VVN-BdA energisch und lautstark zum sofortigen Verlassen der Räumlichkeiten des Lüneburger Stadtarchivs aufgefordert. Hintergrund war ein vorangegangener Disput mit der Archivleiterin Frau Dr. Reinhardt über die Bitte, die Überlieferungen des Stadtarchivs zum Thema „Judenverfolgung“ einzusehen. Die Archivleiterin behauptete, keinerlei Dokumente zum jüdischen Leben in Lüneburg für die Zeit ab 1933 zu besitzen. Diese Aussage wurde als kaum glaubhaft angesehen und kam es zu dieser lautstarken Auseinandersetzung. Im Stadtarchiv sind die persönlichen Daten der Lüneburger Juden ebenso überliefert wie zahlreiche Vorgänge um die „Arisierung jüdischen Vermögens“.

Als im Jahre 1988 ein Lüneburger Koordinationskreis eine Reihe von Veranstaltungen für den bevorstehenden 50. Jahrestag der Pogromnacht vorbereitete, wurden für einen gemeinsamen Flyer Hinweise auf den erzwungenen Verkauf der Synagoge und den „günstigen“ Kauf des Grundstücks durch die Industrie- und Handelskammer (IHK) als „wissenschaftlich nicht begründet und abgesichert“ kritisiert und abgelehnt, ebenso Formulierungen im Text wie „Nazis“ und „faschistische Ideologie“. Es kam u. a. deshalb sogar zum Austritt des „Lüneburger Arbeitskreises christlicher Kirchen“ aus diesem Koordinationskreis.

Auffällig ist auch, dass die Rolle der Lüneburger Institutionen, Behörden und Einrichtungen als Täter und als Profiteure bei der Verfolgung der Lüneburger Juden auch in der Lokalliteratur bis 2011 völlig ausgeblendet wurde.

Elmar Peters widmet in seinem von den örtlichen Honoratioren als „Standardwerk“ gefeierten Buch „Lüneburg – Geschichte einer 1000jährigen Stadt“ der Pogromnacht lediglich einen kurzen Absatz, zitiert dort gar die apologetische Berichterstattung der Lüneburgschen Anzeigen und verschweigt den Kauf des Grundstückes durch die IHK. (86) Ebenso Ernst Strasser, der in Lüneburg als honoriger Heimatforscher gilt, in „Lüneburg – geliebte Stadt“: „Auch die Stadt Lüneburg … erlag dem düsteren Mordwillen antisemitischen Fanatismus´… Die wertvolle Synagoge am Schifferwall … gibt es seitdem nicht mehr.“ (87)
Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bezieht sich in seinem Band „Kriegsgräber, Gedenkstätten und Mahnmale im Landkreis Lüneburg“ auf einen Hinweis von H. Ahlers (LZ v. 9.11.1967), wonach lediglich die Synagoge „im September/Oktober 1938 vom Vorstand der jüdischen Gemeinde auf Abbruch verkauft “ worden sei. (88) S. Bollgöhn benennt in ihrem Buch „Jüdische Familien in Lüneburg“ (Fußnote) dem gegenüber den Verkauf an die IHK, den Abbruch der Synagoge und die Festsetzung des Verkaufserlöses auf einem Sperrkonto, ohne aber auf die Zwangssituation für die jüdische Gemeinde genauer hinzuweisen.(89)
Selbst der frühere Leiter des hiesigen Museums, der inzwischen verstorbene Dr. Eckhard Michael, erwähnt in einer Auftragsarbeit für die IHK in einer Schrift (u. a. über die Suche der Kammer nach einem geeig-neten Gebäude) noch 2005 nicht die wichtigsten Details und formuliert beschönigend: „Gelegenheit dazu (zum Bau eines eigenen Kammergebäudes Am Schifferwall, d. V.) schien sich dadurch zu bieten, daß die Jüdische Gemeinde Lüneburg bereit war, sich von ihrem Synagogengrundstück Am Schifferwal 5 zu trennen, da sie wegen geringer Mitgliederzahl und Finanzkraft offensichtlich nicht mehr in der Lage war, den Bau zu unterhalten.“ (90)

Es dauerte bis zum Februar 2011, bis das offizielle Lüneburg die Vorgänge um den erpressten Kauf des Synagogen-Grundstücks durch die IHK nicht mehr weiter negieren konnte, bis zur Veröffentlichung der detailreichen Untersuchung von „Verdrängung und Profit – Die Geschichte der „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Lüneburg 1933 – 1945“ der engagierten Studierendengruppe um Dr. Hanno Baltz (91). Ein weiteres Jahr dauerte es, bis die IHK, sicherlich motiviert durch die vorgenannte Schrift und ihre Konsequenzen, aufgefordert zudem durch das beharrliche Insistieren von Außerhalb und im Bemühen, „das Ansehen der Industrie- und Handelskammer zu wahren“, ihre zentrale Rolle beim Raub des Synagogengrundstücks selber zu untersuchen bereit war. Sie ließ durch die frühere Stadtarchiv-Leiterin, Frau Dr. Reinhardt, ein 6-seitiges Exposee anfertigen (92). Ganze 67 Jahre ließ die IHK verstreichen, bevor sie sich mit einer ihrer Schandtaten auseinander setzte – und dies ausschließlich auf öffentlichen Druck hin und zunächst lediglich im engsten Zirkel. Noch nicht einmal in der Kammerpublikation wurde dieses Exposee veröffentlicht. Im Unterschied zur Superintendentur der evangelischen Kirche Lüneburg, die wenigstens im internen Bereich ihre Scham und ihr Bedauern über die Vorgänge des Jahres 1965 ausdrückte (Errichtung der Superintendentur auf dem Synagogen-Grundstück)(93), fehlt bis heute seitens der IHK jegliche selbstkritische Stellungnahme.

Die Gedenkanlage selber wurde erst in das öffentliche Bewusstsein „zurückgeholt“ ab Anfang der 80-er Jahre durch das Engagement einiger Lüneburger Lehrkräfte, die mit ihren Schülern/-innen im Rahmen „alternativer Stadtrundfahrten“ auch an dieser Anlage Halt machten (94) und ab Ende der 80-er Jahre durch die Lüneburger Geschichtswerkstatt, die solche „antifaschistischen Stadtrundgänge“ bis heute durchführt. (95)

Demonstrationen zur Gedenkanlage (etwa 1989) und Gedenkfeierlichkeiten vor Ort von kirchlichen Gruppen und Schulklassen hielten das Andenken an diese Nazi-Opfer am Ort der früheren Synagoge in den Folgejahren sporadisch wach.

Mit Gründung der Lüneburger „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ finden ab etwa Mitte der 90-er Jahre am jeweiligen Jahrestag des Pogroms in der Nikolaikirche und anschließend am Synagogen-Gedenkstein gemeinsame Erinnerungen statt. Den häufigen Klagen, an diesem Tag wenigstens für einige Minuten die Straße für den Verkehr zu sperren, damit die Gedenkreden von den Anwesenden akustisch verstanden werden können (was wegen des vorbeirauschenden Straßenverkehrs schwierig ist), wurde bislang nicht nachgekommen. Aber auch diese honorigen Veranstaltungen können ein gemeinsames, konfessionsunabhängiges Gedenken der Lüneburger Bevölkerung nicht ersetzen, da sie „christlich-jüdisch“-religiös begründet sind und es sich daher an eine bestimmte Zielgruppe richtet und dabei „andersgläubige“ und konfessionslose Menschen ausschließt.

Es sei daran erinnert: Die Verfolgung und Ermordung der Lüneburger wie der europäischen Juden insgesamt darf nicht als barbarische Konsequenz eines „Kirchenkampfes“ oder als Ausdruck einer Verfolgung aus primär religiösen Gründen verstanden werden, sondern als rassistische Maßnahme der Volksgemeinschaft. Zwar wurden u. a. religiöse Riten (Beschneidungen; Schächten, etc.) zum Anlass genommen, um ein Feindbild gegen „den Juden“ zu konstruieren, aber den Kern des eliminatorischen Antisemitismus bildete die Ideologie vom arischen „Herrenmenschen“, die sich auf einer rassistischen Einstellung gründete. Verfolgt und ermordet wurden von den deutschen Faschisten diese „Nicht-Arier“ auch dann, wenn sie selbst gar keine Affinität zum mosaischen Glauben besaßen oder aber zum Mitglied einer christlichen Kirche konvertierten.

„Die Taufe von Juden und der Übertritt zum Christentum hat keine Bedeutung für die Rassenfrage. Die Möglichkeit der Tarnung der Abstammung durch Wechsel des religiösen Bekenntnisses wird vollständig verschwinden, sobald die Ämter für Rassenforschung ihre Tätigkeit aufnehmen.“(Reichsministerium des Innern, I A 9885/5012, Erlass vom 4.10.1936)

Ein Gedenken an die Lüneburger Juden muss deshalb getragen sein von der gesamten Lüneburger Bevölkerung und ihrer Repräsentanten, sodass neben den wichtigen Gedenkveranstaltungen einzelner Gruppen am neuen Mahnmal zentrale Erinnerungsfeierlichkeiten der Stadt Lüneburg dort stattfinden sollten.

Neben dem Bezugspunkt auf das Erinnerungsdatum vom 9. November, dem Tag des Pogroms 1938, sollten solche Veranstaltungen am 1. April (erste antijüdische NS-Verfolgungswelle 1933), besonders aber auch am 20.Januar (Wannseekonferenz 1942) stattfinden.

Diese Gedenkveranstaltungen an einem würdigen Ort haben die Aufgabe, die Erinnerung an die Lüneburger Juden nicht verblassen zu lassen. Der stetige Kampf „gegen das Vergessen“ muss in dem Maße zunehmen, wie der zeitliche Abstand zu den Geschehnissen fortschreitet.

Der denkwürdige Satz von George Santayana („Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.") muss dabei ein ebensolches Leitmotiv darstellen wie der Schwur der KZ-Häftling von Buchenwald nach ihrer Befreiung im Jahre 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Dieser Aufbau kann nur geschehen in einem stetigen Kampf gegen den vorherrschenden (Alltags-)Rassismus, gegen wen er sich auch richtet, welche Formen er annimmt und von wem er auch immer ausgeht – ob von staatlichen Institutionen, als „Ideologie der Mitte“ oder von neofaschistischen Organisationen.

Quellennachweis:

(1) Dr. Werner Preuß (Hrsg.), Stadtentwicklung… , S. 13
(2) Ebenda
(3) Prof. Gottfried Kiesow, Chef der Deutschen Stiftung Denkmalschutz während der Eröffnung des „Tages des offenen Denkmals“ in Lüneburg, zit. nach LZ v. 13.9.2010
(4) Aus der Antragbegründung
(5) Hamburger Abendblatt vom 24.7.2012
(6) Lüneburgsche Anzeigen vom 7.6.1894
(7) ebenda
(8) Hansjörg Rümelin, Historismus und Heimatstil, Lüneburger Wohnbauten im Backsteinrohbau, in: Dr. Werner H. Preuß (Hrsg.), Stadtentwicklung …, S. 33
(9) Im Jahre 1900 bestand die Gemeinde aus 130 Mitgliedern, im Jahre 1905 aus 175 Personen, s. H.-Erwin Zabel, Juden bei uns S. 28
(10) LZ v. 28.3.1933
(11) vergl.: Kai Wilkens, Die „Gleichschaltung“ …
(12) vergl.: Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien …, S. 13 und LZ v. 16.7.2011
(13) LZ v. 25.1.1984
(14) LA v. 15.9.1924
(15) Auf diesem Sportplatz beim Bahnhof errichtete später die Firma „Lucia“ ihre Fabrikationshallen.
(16) nach Mitteilung von Herr Röhlke, dem Archivar des LSK
(17) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Die Staatspolizei …, S. 46
(18) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Die faschistische …, S. 13 f
(19) Rainer Sabelleck, Lüneburg, in: Obenaus, H. (Hsrg.), Historisches …, S. 1017
(20) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Die faschistische …, S. 32
(21) http://de.wikipedia.org/wiki/Novemberpogrome_1938
(22) LA v. 8.4.1933
(23) Manfred Göske, LZ v. 30.1.1984; ebenso in: Rainer Sabelleck, Lüneburg, S.1020
(24) Rainer Sabelleck, Lüneburg …, S.1020
(25) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück 1938 bis 1955, unveröffentl. 6-seitiges Manuskript, angefertigt im Auftrage der IHK Lüneburg
(26) StA Lüneburg, HA 28
(27) Israelitisches Familienblatt v.3.11.1938, Nr. 44, S. 17, in: H.-Erwin Zabel, Juden in Lüneburg …, S. 42
(28) Rainer Sabelleck, Lüneburg …, S.1020
(29) http://de.wikipedia.org/wiki/Novemberpogrome_1938
(30) Das sehr ausführliches Interview mit Herrn H. Wille führte Herr J. Fischer: unveröffentl. 15-seitiges Manuskript, Geschichtswerkstatt Lüneburg
(31) ebenda, S. 11
(32) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Die Staatspolizei …, S. 47
(33) aus dem Urteil des Spruchgerichts Bergedorf gegen NSDAP-Kreisleiter Heincke v. 24.5.1948, AZ 9 Sp.Js. 2229/47; BA Koblenz, Akte W. Heincke
(34) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Kreisvereinigung Lüneburg, Die faschistische Verfolgung …, S. 34
(35) ebenda
(36) Rainer Sabelleck, Lüneburg …,S. 1020

(37) Vernehmung des NSDAP-Kreisleiters Heincke vom 12.6.1947 im Verfahren des Spruchgerichts Bomlitz; BA Koblenz, Akte W. Heincke
(38) Auskunft des HStA Hannover vom 5.2.2013
(39) so im Falle des Lüneburger Gestapo-Chefs Westermann, vergl.: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Kreisvereinigung Lüneburg, Die Staatspolizei …, S. 54
(40) StA Lüneburg, HA 28
(41) ebenda
(42) ebenda
(43) ebenda
(44) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück …
(45) Annegret Stankowski, Mit Adendorfer Geschichte(n) gepflastert, in: Adendorf – Heimatgeschichte(n) zwischen Elba und Ebensberg, 2008, S. 88 und Mitteilung von Frau A. Stankowski vom 4.2.2013
(46) StA Lüneburg, HA 28
(47) LA v. 7.10.1941
(47/1) Als Tilgner in den Ruhestand ging, lobte ihn der Chefredakteur Horst Witte in der LZ v. 19.12.1987, sprach ihm „menschliche Güte, Verständnis und Lebenserfahrung … und journalistischem Können …“ zu. Einen Nachruf auf Tilgner schrieb im Jahre 1995 der jetzige Feuilletonchef H.-M. Koch, am 6. Oktober. Auch er voll des Lobes: „ …Tilgner hat als Journalist Geschichte geschrieben.“ In der Tat! Im Übrigen: Auch der Landeszeitung steht die Aufgabe noch bevor, ihre NS-Geschichte zu reflektieren.
(48) „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen." Wilhelm Tell IV, 2.
(49) StA Lüneburg, HA 28
(50) Eckhard Michael, Portrait …
(51) Rainer Sabelleck, Lüneburg …
(52) LZ v. 28.1.1998
(53) Rainer Sabelleck, Lüneburg …
(54) UNZER SZTYME, Jiddische Quellen …, S. 19
(55) ebenda, S. 43 f
(56) ebenda, S. 153
(57) ebenda, S. 154
(58) Nds. HStA, Hann. 210, Acc. 2004/025 Nr. 1349, Blatt 88 - 99
(59) ebenda
(60) Lüneburger Post v. 16. und 20.11.1945
(61) Das Einwohnerbuch weist, als letzten Zeichen für die Existenz einer Jüdischen Gemeinde in Lüneburg, noch für das Jahr 1953 eine solche in der Hindenburgstraße 96 aus
(62) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück …
(63) ebenda
(64) Lz v. 24.4.1950
(65) Sabelleck datiert die Setzung des Gedenksteins auf das Jahr 1955. Wahrscheinlich war ihm die Vorgeschichte dieses Mahnmals vor der Umsetzung nicht bekannt: Rainer Sabelleck, Lüneburg …, S. 1022
(66) siehe: Werner H. Preuß, Lüneburger Denkmale …
(67) Über die Geschichte des jüdischen Friedhofs berichtet Frau Sybille Bollgöhn ausführlich: Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien …, S. 116 ff
(68) Friedhofsamt der Stadt Lüneburg, Akte Tiergarten
(69) Werner H. Preuß, Lüneburger Denkmale, S. 33
(70) LZ v. 21.9.1955; StA Lüneburg, VA 1, 750/1

(70/1): Ernst Klee, Das Personenlexikon … , S. 773 f
(71) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück …
(72) ebenda
(73) ebenda
(74) ebenda
(75) ebenda
(76) Bauaufsichtsamt der Stadt Lüneburg, Archiv, Hausakte Am Schifferwall 5
(77) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück …
(78) Bauaufsichtsamt der Stadt Lüneburg, Archiv, Hausakte Am Schifferwall 5
(79) ebenda
(80) ebenda
(81) Einwohnerbuch für Stadt- und Landkreis Lüneburg, Lüneburg 1956
(82) lt. Schreiben von Frau Superintendentin Ch. Schmid an Herrn H.-J. Brennecke vom 26.4.2012
(83) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Die faschistische Verfolgung …
(84) Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien …
(85) Im Sommer des Jahres 1989 wurde die Stadtverwaltung um einen finanziellen Zuschuss für die Erstellung einer Ausstellung zum Thema „50 Jahre danach: Lüneburgs Weg in den II. Weltkrieg“ gebeten. Der Verwaltungsausschuss lehnte den Antrag ab. Am 1.9.1939 (!) berichtete die LZ über eine Ratssitzung: „„Wem geben wir hier Geld?“ wollte der Ratsherr (Dr. Martin Schimmelpfennig) wissen und argwöhnte, daß sich hinter der Gruppe kommunistische Ideologie verberge.“
(86) Elmar Peter, Lüneburg – Geschichte …, S. 492
(87) Ernst Strasser, Lüneburg …, S. 135
(88) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kriegsgräber …, S. 101
(89) Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien …, S. 14
(90) Eckhard Michael, Portrait …
(91) Hanno Balz (Hrsg.), Verdrängung …
(92) Dr. Uta Reinhardt, Das Lüneburger Synagogengrundstück …; Interessant ist an diesem Manuskript auch, dass die Verfasserin u. a. auf Unterlagen des Stadtarchivs zurückgriff, die nach ihrer früheren Auskunft eigentlich nicht vorhanden waren; s. hier S. 40
(93) Schreiben von Frau Superintendentin Ch. Schmid an Herrn H.-J. Brennecke vom 26.4.2012
(94) vergl.: Arbeitskreis „Machtergreifung“ (Hrsg.), Heimat-Heide-Hakenkreuz …, S. 203 ff
(95) vergl.: Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg …, S. 29

Foto- und Dokumentennachweis

Seite
3: Foto d. V.
4: LZ v. 18.2.2010
5: LZ v. 19.7.2012; Kommentar: LZ v. 25.5.2012
6: Sammlung H.-J. Boldt; H.-J. Brennecke
7: StA Lüneburg, HA 28
8: ebenda
9: Adolf Brebbermann, Lüneburg in alten Ansichten, Zaltbommel 1989, Band 2/ Sammlung H.-J. Boldt/ StA Lüneburg, BSI, Ia56 gr.(1895)

10: Foto: mac. aus LZ v. 30.1.1984; A. Brebbermann, Lüneburg …, Band 2
11: StA Lüneburg, BS I Ia, 63/497/G4
12: Nachlass Franz Holländer, VVN-BdA Lüneburg/HStA Hannover
13: Sammlung H.-J. Boldt
14: Adolf Brebbermann, Lüneburg in alten Ansichten, Zaltbommel 1981, Band 1
15: StA Lüneburg, HA 28
16: ebenda/ LA v. 26.10.1938
19: Geschichtswerkstatt Lüneburg, Akte Familie Less
21: HStA Hannover, Hann. 180 Lün. Acc. 3/049 Nr. 53/6
22: Die genaue Herkunft des Fotos (o. l.) ist nicht mehr feststellbar. Es wurde privat in mehreren Familien weiter gereicht und zur Verfügung gestellt mit dem deutlichen Hinweis auf den Abriss der Lüneburger Synagoge. Ein vergleichender Blick auf das Foto aus der Akte der Familie Less (Innenraum der Synagoge, Datum unbekannt) scheint diesen Hinweis zu bestätigen mit Blick auf die Gebäudekonstruktion und die abgebildeten Arbeiter: Diese gehörten, neben den Uniformierten, anscheinend der Organisation „Technische Nothilfe“ an, deren Führer der Ortsgruppe VI/23 Lüneburg, Baumeister Lühning, zugleich als hoher Mitarbeiter des Bauamtes (Chef der Baupolizei) fungierte. Ein Mitwirken der TNH beim Abriss der Lüneburger Synagoge kann vermutet werden, eine Beteiligung der Baupolizei ist überliefert./ Geschichtswerkstatt Lüneburg, Akte Familie Less
24: StA Lüneburg, HA 28/LA v. 14.7.1941
25: LA v. 7.10.1941
26: LZ v. 28.1.1998
27: Faksimile aus: UNZER SZTYME, Jiddische Quellen …, Titelbild
28: LA v. 29.7.1940
29: Lüneburger Post v. 16.11.1945
30: Lüneburger Post v. 20.11.1945/StA Lüneburg: Abrisskalender 1984/Adressbuch 19…
31: LZ v. 24.4.1950/ Foto d. V.
33: LZ v. 19.10.1953
34: aus: Arbeitskreis „Machtergreifung“ (Hrsg.), Heimat … S. 182/ LZ v. 21.10.1953
36: KrA Celle, 019-03-02, Teil I, N 95, Nr. 7/1
38: Bauaufsichtsamt der Stadt Lüneburg, Archiv, Hausakte Am Schifferwall 5

Benutzte Literatur

Ernst Strasser, Lüneburg – geliebte Stadt, Uelzen 1969

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Kreisvereinigung Lüneburg, Die Staatspolizei Lüneburg, Strukturen und Täter, Lüneburg 2011

Rainer Sabelleck, Lüneburg, in: Obenaus, H. (Hsrg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen, Bd. 2, Göttingen 2005

Eckhard Michael, Portrait eines Lüneburger Bürgerhauses. Das Gebäude der IHK Am Sande 1. Symbol und Mittelpunkt im Wandel der Wirtschaft. Lüneburg 2004

UNZER SZTYME, Jiddische Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Britischen Zone 1945 – 1947, Leck 2004

Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/M., 2005

Werner H. Preuß, Lüneburger Denkmale, Brunnen und Skulpturen, Husum 2010

Hansjörg Rümelin, Historismus und Heimatstil. Lüneburger Wohnbauten im Backsteinrohbau, in: Dr. Werner Preuß (Hrsg.), Stadtentwicklung und Architektur, Lüneburg im 20. Jahrhundert, Husum 2001

Elmar Peter, Lüneburg – Geschichte einer 1000jährigen Stadt, Lüneburg 1999

Arbeitskreis „Machtergreifung“ (Hrsg.), Heimat-Heide-Hakenkreuz, Lüneburgs Weg ins Dritte Reich, Hamburg 1984

Hanno Balz (Hrsg.), Verdrängung und Profit, Die Geschichte der „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Lüneburg 1933 – 1943, Lüneburg 2011

Sibylle Bollgöhn, Jüdische Familien in Lüneburg – Erinnerungen, Lüneburg 1995

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kreisverband Lüneburg, Kriegsgräber, Gedenkstätten und Mahnmale im Landkreis Lüneburg, Husum 1999

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – BdA, Kreisvereinigung Lüneburg, Die faschistische Verfolgung der Juden in Lüneburg – eine Skizze, Lüneburg 2003 (Neuauflage der gleichnamigen Schrift der Geschichtswerkstatt aus dem Jahre 1988)

Herbert Obenaus (Hrsg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen, Band II, Göttingen 2005, S. 1006 ff

Kai Wilkens, Die „Gleichschaltung“ des Lüneburger Vereinssports im Dritten Reich am Beispiel der Turnvereine „MTV“ und „Treubund“, Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, Göttingen 2001

H.-Erwin Zabel (Schulpastor in Lüneburg), Juden bei uns in Lüneburg, eine Dokumenten- und Quellensammlung, unveröffentl. Manuskript, vervielfältigt 1992

Geschichtswerkstatt Lüneburg, Lüneburg unter dem Hakenkreuz – ein antifaschistischer Stadtrundgang, Lüneburg 1995

Die Publikationen der Lüneburger VVN-BdA sind zu erhalten im „Eine-Welt-Laden“ im Heinrich-Böll-Haus (Katzenstraße) für 3,00 € oder zu bestellen unter vvn-bda-lg@web.de zum Preis von 5,00 € (einschließlich Versandkosten).

Schriften der Lüneburger VVN-BdA (ab 2001):

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus Polen (2001)

Die faschistische Verfolgung der Lüneburger Juden (2003)

Lüneburg Rechtsaußen: 1997 – 2003 (2004)

NS-Zwangsarbeit in Lüneburg – Briefe aus der Ukraine (2004)

Lüneburg 1933 – Widerstand und Verfolgung (2004)

DVD: Ehemalige NS-Zwangsarbeiter/-innen zu Besuch in Lüneburg (2005)

Schluss mit dem Militarismus! Wir fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße! (2006)

Die Verfolgung der Lüneburger Sinti (2008)

Der Bergen-Belsen-Prozess in Lüneburg 1945 (2009)

„Für eine Liebe so bestraft …“ - NS-Verfolgung durch das Landgericht Lüneburg (2010)

Die Staatspolizeistelle Lüneburg – Täter und Strukturen (2011)

Von Gernika über Lüneburg nach Wielun, Zur Geschichte des Lüneburger Luftwaffen-Kampfgeschwaders 26 – eine Skizze (2012)

Hermann Reinmuth – Eine Erinnerung an den Beamten der Lüneburger Bezirksregierung, NS-Widerständler und KZ-Häftling (2012)

Lüneburger „Gedenkkultur“ – Ein Beitrag zur Diskussion über die Gedenkanlage an der früheren Synagoge (2013)

In Vorbereitung (Arbeitstitel):

„Strömt herbei, ihr alten Krieger!“, Zur NS-Geschichte des 2. Hannoverschen Dragonerregiments Nr. 16

Kinder der NS-Zwangsarbeiter/-innen in Lüneburg und Umgebung

Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg. Wie weit reicht der lange Arm der Rechtsaußen-Vertriebenenverbände?

Die VVN-BdA in Lüneburg

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist die größte und älteste antifaschistische Organisation der Bundesrepublik.

In Lüneburg sind wir eine Vereinigung von ca. 40 Menschen, jung und alt, die sich seit vielen Jahren in Lüneburg antifaschistisch engagieren, überwiegend parteiungebunden, viele sind gewerkschaftlich organisiert. Unsere Gruppe wurde 1948 von Verfolgten des Naziregimes gegründet.

Wir beschäftigen uns mit den Themen: Friedensarbeit, Kampf gegen Neonazis und ihr Umfeld, NS-Lokalgeschichte. Mit Vorträgen und Aktionen versuchen wir unsere antifaschistischen Positionen zu vermitteln und durchzusetzen.

Unser Büro befindet sich im Gewerkschaftshaus in der Heiligengeiststraße 28. Dort treffen wir uns zum Plenum an jedem ersten Montag im Monat jeweils um 18.00 Uhr. Außerdem ist jeden Freitag zwischen 10.00 Uhr und 12.00 Uhr jemand von uns im Büro anzutreffen. Erreichbar sind wir auch unter vvn-bda-lg@web.de, Infos über uns gibt es unter www.vvn-bda-lg.de. Wir freuen uns über Gäste und Interessierte.

Aus der Geschichte lernen: Demonstration gegen Neonazis in Lüneburg